

Überbecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Überbecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungskarte Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 157.

Sonnabend, den 8. Juli 1899.

6. Jahrgang.

Dies ist eine Beilage.

Der Schwager des deutschen Kaisers über Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung.

Es war vor ein paar Monaten, als durch die Presse die Nachricht ging, der Schwager des deutschen Kaisers, der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, habe eine Broschüre über den Arbeitsnachweis veröffentlicht. Der Name des Verfassers genügte für interessirte Leute, alles zu versuchen, dieser Broschüre habhaft zu werden. Aber selbst der so rührige und findige „Arbeitsnachweis“ von Jastrow mußte in seiner Nummer vom 15. Mai ds. J. (2. Jahrgang, Nr. 8) ganz resignirt schreiben: „In den Tageszeitungen wird eine Broschüre des Herzogs Ernst Günther von Schleswig-Holstein über den Arbeitsnachweis um ihres Verfassers willen (er ist der Bruder der Kaiserin) vielfach besprochen. Diese Broschüre scheint aber apokryph zu sein. Wenigstens ist mit allen Mitteln des deutschen Buchhandels weder ein Verlag, noch auch nur der Druckort zu ermitteln.“

Die „Leipz. Volksztg.“ ist nun in der unzweifelhaft angenehmen Lage, konstatiren zu können, daß die Broschüre nicht apokryph ist. Sie lag — sogar in zwei Exemplaren — unserem Leipziger Parteiorgan vor und führt genau folgenden Titel: „Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. Von Ernst Günther, Herzog zu Schleswig-Holstein; Stuttgart, Papier und Druck der Deutschen Verlags-Anstalt.“

Für den Buchhandel war diese Arbeit in der That nicht bestimmt, das zeigt zunächst die sehr vornehme Ausstattung des Buchleins von ganzen 39 (neununddreißig!) Seiten in Großformat, und dann das Fehlen der Angabe des Verlegers, da man nicht annehmen kann, daß der Schwager des deutschen Kaisers absichtlich das Preisgelei ignoriren wollte (§ 6 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874). Was die Zeit des Erscheinens dieses Buchleins betrifft, so läßt sich nur angeben, daß das Vorwort vom Dezember 1897 datirt ist.

Nun der Inhalt der herzoglichen Arbeit! Nach dem Erscheinen des fundamentalen Werkes von von Reichestein: „Der Arbeitsnachweis, seine Entwicklung und Gestaltung im In- und Auslande“ (Berlin 1897), und nach den veröffentlichten zahlreichen Verhandlungen der deutschen Arbeitsnachweis-Konferenzen konnte der Verfasser sich selbst sagen, daß er wenig Neues über den Gegenstand bringen konnte, trotzdem „dem Verfasser gewisse amtliche Quellen und Schriftstücke zur Verfügung standen, welche weiteren Kreisen noch unbekannt waren.“ (Vorwort, Seite 2). Und so gesteht der Verfasser selbst in anerkennenswerther Weise ein, „Zweck dieser Arbeit ist daher auch nicht, neue Vorschläge über die Organisation des Arbeitsnachweises niederzulegen, sondern diese Aufzeichnungen sind entstanden aus dem Bedürfnis der eigenen Information auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises und der Arbeiterbewegung im allgemeinen.“ (Vorwort, Seite 1—2). Die Informationen des Verfassers auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises liegen in der zitierten Broschüre vor, diejenigen aber auf dem Gebiete der „Arbeiterbewegung im allgemeinen“ stehen noch aus; wir geben uns der Hoffnung hin, daß der Verfasser diese in ebenso vorurtheilslos und sachlicher Weise bearbeiten und für weitere Kreise zugänglich machen wird; vielleicht verdichten sich diese Informationen zu einer kräftigen Broschüre gegen die Zucht- und Vorlage.

Der Inhalt der vorliegenden Broschüre ist durchaus und in jeder Hinsicht vorurtheilslos und sachlich. Wir zitiren zunächst ohne jeden Kommentar den Anfang und das Ende der Arbeit; in den ersten Sätzen des Vorwortes heißt es wörtlich: „Zu den Aufgaben, welche auf sozialem Gebiete der Lösung harren, gehört eine zweckmäßige Organisation der Arbeitsvermittlung. Was in dieser Beziehung von der Reichsverwaltung und von den Bundesregierungen in den letzten Jahren geschehen ist, beschränkt sich zumeist auf Anregungen, welche nur zu vereinzelt lokalen Ein-

richtungen geführt haben. Eine umfassende gleichmäßige Regelung des Arbeitsnachweises steht noch aus. Das Bedürfnis einer solchen kann einem Zweifel nicht unterliegen.“

Und der Schlusssatz der ganzen Arbeit lautet ebenso wörtlich: „Soll der Arbeitsnachweis lebensfähig erhalten werden, so muß strenge Unparteilichkeit für ihn die Norm bilden, und seine Fortdauer nicht etwa von einzelnen Bestimmungen, sondern lediglich von Angebot und Nachfrage abhängig bleiben.“

Die beiden Sätze sind die einzigen, in denen wir die subjektiven Ergebnisse der „Informationen“ des Verfassers niedergelegt finden, indeß sie genügen in ihrer deutlichen und einfachen Knappheit hinlänglich, um des Verfassers Ansicht über die Nothwendigkeit und die Form des Arbeitsnachweises für Jedermann klarzulegen. Was zwischen diesen beiden zitierten Sätzen liegt, ist — mit ganz geringen Ausnahmen — eine lediglich objektive geschichtliche Darstellung der Entwicklung der Arbeitsnachweise; alles zeichnet sich gegenüber dem banaussicheren Ton, den man sonst bei adeligen Produktionen zu genießen das zweifelhafte Vergnügen hat, durch eine stillschweigend vornehme und objektive Ruhe aus, wie denn überhaupt der Stil in seiner einfachen Formlichkeit sich sehr angenehm liest.

Um auf die letzten zitierten Sätze zurückzukommen, so kann jeder von uns darin Wort für Wort unterschreiben. Der erste Satz scheint uns trotz seiner so wenig aggressiven Form doch einen ernsten Tadel an die Regierungen zu enthalten, die in der That — wie reichlich bekannt — die Frage des Arbeitsnachweises wie alles, was wirklich den Arbeiterinteressen dient, mit sehr gewohnter, aber deswegen nicht minder sträflicher Nachlässigkeit und Nichtachtung behandelt haben. Der Satz vollends, in dem der Verfasser die volle Unparteilichkeit für die Arbeitsnachweise fordert und ihr Bestehen lediglich von Angebot und Nachfrage abhängig gemacht wissen will, stimmt so sehr mit allem überein, was unsere gesammte politische und gewerkschaftliche Presse seit langem gefordert hat, daß wir kein besonderes Wort der Zustimmung zu verlieren brauchen. Für den herzoglichen Verfasser wäre es aber — bei aller Anerkennung seiner Kenntnisse auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung — doch sehr nützlich gewesen, wenn er die Aeusserungen der Arbeiterpresse genauer verfolgt hätte. Er hätte dann unumgänglich den folgenden Satz, den einzigen seiner ganzen Arbeit fast, den wir tabelnd zurückweisen müssen, niederschreiben und drucken lassen können: „Mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten geht die Anschauung unserer Zeit dahin, daß eines der wesentlichsten Mittel gegen die schädlichen Folgen der Arbeitslosigkeit in Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung zu finden ist.“ (Seite 4). Wir kennen bis heute keinen Sozialisten oder Kommunisten, der geleugnet hätte oder leugnen würde, daß eine gut und unparteiisch geleitete Arbeitsvermittlung ein sehr wesentliches Mittel sein kann gegen die schädlichen Folgen der Arbeitslosigkeit; was geleugnet wird und mit Recht geleugnet wird, ist, daß die Arbeitsvermittlung — und mag sie noch so gut organisiert sein — ein irgendwie absolutes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit überhaupt sein kann, weil diese ein essentieller Bestandtheil der kapitalistischen Produktionsweise ist und die eine historische Erscheinung nicht ohne die andere vernichtet werden kann. Uebrigens citirt aber der Verfasser selbst (Seite 20) Worte Liebknechts, die dieser über Arbeiterbüros und Arbeitsnachweise bei der Besprechung über Maßnahmen zur Verminderung des Nothstandes in der Reichstagsitzung vom 12. Januar 1893 (Stenogr. Berichte 1892—93, Seite 434) sprach, wo er unter Anderem sagte: „Die Schaffung solcher Anstalten, die man auch in England und Belgien einzuführen beginnt, wird wesentlich dazu beitragen, partielle Krisen und Nothstände wenigstens einigermaßen zu mildern.“ Mit diesem Citat widerspricht sich der Verfasser selbst und bei einem Neudruck seiner Arbeit korrigirt er sich hoffentlich in diesem Punkte.

Im Uebrigen aber acceptiren wir die ernste Arbeit des Verfassers. So sehr wir auch von der absoluten Machtlosigkeit einzelner Personen in den Regierungskreisen bei dem heute gebietenden feudal-kapitalistischen Regime überzeugt sind, so sehr anerkennen wir doch andererseits, wie wir wiederholen, nicht nur den Werth der herzoglichen

Arbeit in Form und Inhalt, sondern noch mehr die vorurtheilslose Gesinnung, die in jenen Regionen zu bewohnen fast ein Wunder zu nennen ist. Der Regierung aber empfehlen wir diese Arbeit des Schwagers des deutschen Kaisers, der die Rede zu Dornhausen hielt und den Zucht- und Vorlage sarkastisch funktionierte, auf das wärmste! Sie wird zwar kein Material zu irgendwelchen „Denkschriften“ oder dergleichen kulturfeindlichen Scherzen liefern, aber ihr immerhin zeigen, daß es auch in den höchsten Regionen noch eine Person ohne den Geist der Schärfer gibt; — leider aber wird sie uns mit Recht entgegenhalten können, daß eine Schwalbe noch keinen Sommer macht, und ein weißer Hahn immer nur ein weißer Hahn bleibt: für das klassenbewusste Proletariat übrigens einerlei, es vertraut lediglich auf seine eigene Kraft und hat darin die absolute Bürgschaft für seinen endlichen Sieg.

Das Herrenhaus und die Zucht- und Vorlage.

Wie bereits mitgeteilt, wurde Mittwoch im preussischen Herrenhause ein Antrag Mirbach beraten, der folgendermaßen lautet:

„Das Herrenhaus spricht seine Befriedigung darüber aus, daß die künftige Staatsregierung im Bundesrath für die Vorlage eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses eingetreten ist. Das Herrenhaus erwartet, daß die künftige Staatsregierung an dem im vorgenannten Gesetzentwurf eingebrachten Standpunkte unentwegt festhalten wird.“

Die „B. Z.“ erhält über die Verhandlungen folgenden ausführlichen Bericht:

Dr. v. Levetzow: Wegen den Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses habe sich in der Presse eine heftige Opposition geltend gemacht, daß man dem Gesetz sogar den Namen „Zucht- und Vorlage“ gegeben habe. Es wird behauptet, die Vorlage beschränke die Koalitionsfreiheit der Arbeiter wesentlich oder suche sie ganz zu vernichten. Was das Gesetz aber will, geht schon deutlich aus den ersten beiden Paragraphen hervor (Niemand verliest dieselben). In dem Gesetzentwurf steht nur, daß Niemand durch moralisch oder rechtlich verwerfliche Mittel gezwungen werden soll, sich an einer Koalition zu betheiligen oder an einem Streik theilzunehmen.

Das soll sowohl für die Arbeiter als auch die Arbeitgeber gelten; die Arbeitgeber sollen, wenn sie durch Berufserklärungen u. d. die Betheiligung an Koalitionen erzwingen wollen, auch bestraft werden können. Die Tendenz der Vorlage ist der Schutz der persönlichen Freiheit. (Sehr wahr!) Von der Zucht- und Vorlage ist nur in § 8 die Rede. Ich nehme an, daß diese Bestimmung da hineingekommen ist aus Gründen, die ich hier nicht erörtern will. Ich meine aber, daß die Zucht- und Vorlage im Gesetz sehr wohl enthalten wäre, daß das Gesetz auch annehmbar wäre, wenn die Zucht- und Vorlage darin nicht enthalten wäre. (Bravo!)

Ich enthalte mich selbstverständlich jeder Kritik des Reichstages und erwähne nur, daß die sonst in ähnlichen Fällen übliche Kommissionsberatung gegen die Stimmen der Konservativen und eines Theiles der Nationalliberalen abgelehnt wurde. Vorher war die Vorlage aus heftigsten Angriffen worden, besonders von der Sozialdemokratie, dann aber auch vom Fortschritt und vom Centrum. Auch der Redner der nationalliberalen Partei sprach sich sehr bestimmt gegen die Vorlage aus. Es wird nun die Vorlage im Herbst im Reichstage zur zweiten Lesung kommen. Ob nun bei dieser Gelegenheit die Verweisung an eine Kommission beschloffen werden wird oder ob die Vorlage a limine abgewiesen werden wird, oder ob sie durch Amendements wesentlich verändert werden wird, das steht dahin, das kann Niemand voraus wissen. Meines Erachtens ist die Ablehnung der Vorlage das Wahrscheinlichste.

Der Antrag bezweckt nun, die Staatsregierung in ihrer Stellung im Bundesrath zu bestärken und sie zu veranlassen, auf dem beschrittenen Wege ungeachtet des Widerstandes ferner zu beharren. Wenn das Haus sich bemüht, die Staatsregierung auf einem Wege zu erhalten, welcher geeignet ist, diesen Schäden vorzubeugen, so ist das ein Recht und eine Pflicht des Herrenhauses. (Bravo! und vielfaches Sehr richtig!) Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen die unveränderte Annahme des Antrages.

Es ist ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag eingegangen.

Graf Mirbach: Ich kann nur konstatiren, daß die Art der Verhandlungen des Reichstages in der vorliegenden Frage in weiten Kreisen, nicht nur dem engen Kreise meiner Fraktionsgenossen, Bedauern und Befremden erregt hat. Nur die konservativen Parteien stellen sich voll auf den Boden der Regierung und stellen ihr auch weitere Unterstützung in Aussicht. Dementsprechend wollen meine Freunde der Staatsregierung für ihre Stellungnahme im Bundesrath zu dieser Sache ihre volle Befriedigung ausdrücken und sie anspornen, dabei stehen zu bleiben. Die Nothwendigkeit der Vorlage ergibt sich aus den bei großen Streiks gemachten Erfahrungen. Gegen den dabei entwickelten Terrorismus müssen Arbeitswillige und Arbeitgeber geschützt werden. Die Sozialdemokratie ruft die Streiks im Lande hervor, sie organisiert und unterstützt sie durch Geldspendungen und Fernhaltung des Arbeiterzuges, durch Einschüchterung der Arbeitswilligen mittels brutaler Gewalt und Ehrverletzung. Geschieht das im Interesse der Arbeiter? Ich glaube ganz im Gegentheil! Wenn der Sachrichtig

ist, daß nur ein prosperierendes Gewerbe seine Arbeiter gut bezahlen kann — und an der Wichtigkeit dieser Sache ist wohl nicht zu zweifeln — so schädigt jeder Streik die Arbeiter selbst am meisten. (Sehr richtig!) Nichts erschüttert das Vertrauen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber mehr als Streiks; selbst wenn Lohnforderungen erzwungen werden, hat der Arbeiter doch vom Streik selbst großen Nachteil. Das Koalitionsrecht der Arbeiter sollte nicht angestraft werden — aber die Uebergriffe, die zu beiderseitigem Schaden führen, müssen ausbleiben. Die Führer der Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß der Streik die Arbeiter schädigt, aber sie brauchen zur Erreichung ihrer staatsunfähigen Zwecke die Unzufriedenheit der Arbeiter und die Beschlüsse dieser Unzufriedenheit sind Noth, Jammern, Flehen. (Sehr richtig!) Die zum Streik nicht Berechtigten werden vielfach gezwungen, mitzumachen; dagegen wird die Vorlage einzuwickeln, die kein Ausnahmeregime bedeutet, sondern berechnete Handlungen auf Anstalten zulaßt und Arbeiter und Arbeitgeber gleichmäßig behandelt. Von diesem Standpunkt aus bitten wir Sie, unsern Antrag anzunehmen, es handelt sich um eine Frage von eminentester Wichtigkeit. Ich behaupte, daß die Regierung der Kanalarfrage eine solche Bedeutung beilegt; ich kann nur nicht begreifen, daß die Regierung daran denkt, wegen dieser politischen und wichtigen Frage an die Wähler zu appellieren. Der Scheitern der Arbeitswilligen ist eine Frage von viel größerer Bedeutung und in dieser wichtigen Frage werden alle Parteien, denen die salus publica höher steht als Wahlerfolge, auf Seiten der Regierung stehen. (Beifall.)

Der Bürgermeister Becker: Ich habe namens meiner politischen Freunde eine kurze Erklärung abzugeben. Die große Mehrzahl meiner politischen Freunde billigt die Tendenz des Gesetzentwurfs, auf den sich der Antrag Mirbach bezieht, sie wünscht die Arbeitswilligen gesetzlich geschützt zu sehen, soweit dazu ein Bedürfnis nachgewiesen wird, ohne sich für die Einzelheiten des Gesetzes auszusprechen zu wollen, über den wir im Herrenhause kein Wort haben, und dessen Unterlage wir nicht kennen. (Widerspruch.) Aber die Gesamtheit meiner Fraktion ist der Auffassung, daß sie dem Antrag Mirbach zur Zeit nicht beipflichten kann und ihn nicht für zeitgemäß hält. Wie der Antrag selbst betont, hat die preussische Staatsregierung im Bundesrath Stellung für den Entwurf eingenommen, und es steht an jedem Grunde zu der Annahme, daß sie diese Stellung ändern wolle. Auf der anderen Seite sind wir der Ueberzeugung, daß die Wirkung des Antrages auf den Reichstag voraussichtlich die gegentheilige sein wird, als die Herren Freunde des Antragstellers und der Antragsteller selbst es wünschen. Aus diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, für den Antrag zu stimmen.

Landesminister Vresfeld: Die königliche Staatsregierung empfindet es mit großer Befriedigung, daß, wie in weiten Kreisen der Bevölkerung, so auch in diesem Hause, das Borgehen der Staatsregierung Anerkennung findet und betrachtet es als vollkommen selbstverständlich, daß sie auch bei der zweiten Verathung der Vorlage im Reichstage ihre Stellung beibehalten wird.

Professor Schmoller: Ich gehöre dem hohen Hause erst seit wenigen Tagen an, und muß im Entschuldigend bitten, wenn ich mit einigen Worten mich an der Debatte betheiligen. Ich stehe seit langen Jahren im Vordergrund der sozialpolitischen Arbeit und würde es für einen Verrath an meiner wissenschaftlichen Vergangenheit halten, wollte ich nicht meine dissentirende Stimme erheben. Ich stehe auf dem Standpunkt der Mehrheit des Reichstages, obwohl ich von jeher auf der rechten Seite meiner sozialpolitischen Freunde stehe, obwohl ich von jeher die Schattenseiten unserer ganzen heutigen Koalitionsrechts anerkenne. Immer wieder in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik und in öffentlichen Versammlungen erinnerte ich an das Wort Robertus, der sagte, in hundert Jahren wird man den Staat für verflucht halten, der duldet, daß eine Summe von Arbeitstätigen beliedigt die Arbeit einstellen kann. Das kann kein dauernder Zustand sein. Die Koalitionsfreiheit ist entstanden unter Mitwirkung von Konservativen, von Mitgliedern dieses Hauses. Ich erinnere an den Geheimrath Wagner und Blanckenburg. Wie ist die Koalitionsfreiheit entstanden? Aus dem einfachen Grunde, weil gegenüber den bestehenden Verhältnissen in dem Koalitionsrecht nach dem einzigen Mittel sah, in einem Zustand freier Konkurrenz auch die freie Konkurrenz in Bezug auf den Arbeitslohn zuzulassen, wie er in Bezug auf alle andern Preise zugelassen ist, und vielleicht auch, weil man damals die Schattenseiten nicht so deutlich wie heute über sah. Mein Ziel ist gerade wie das des Grafen Mirbach, aus diesem Zustand herauszukommen, aber den Weg, den Sie zu diesem Ziele einschlagen, den kann ich nach meiner Anschauung nicht für gangbar erachten.

Ueber die Einzelheiten der dem Reichstag zugegangenen Vorlage lasse ich mich nicht streiten. Ich gebe zu, daß alle Einzelbestimmungen diskutabel sind, und ich wäre bereit, unter Umständen für sie zu stimmen, wenn sie verbunden gewesen wären mit anderen Bestimmungen, welche Reformen der Koalitionsfreiheit und des Arbeitervereinsrechts enthalten. Ich würde für die einzelnen Bestimmungen stimmen, wenn die ihnen zu Grunde gelegten Thatfachen in öffentlicher Enquete so festgelegt wären, daß man von allen Seiten unbedingtes Vertrauen dazu haben könnte — ich muß aber gestehen, daß zu reich für mich die Denkschrift der Regierung nicht aus. Hätte man solche Reformen in der Vorlage verbunden, so wäre es nicht schwer gewesen, einen Mittelweg zu finden, der den Konservativen, den Nationalliberalen und dem Centrum gangbar gewesen wäre, indem man denen, die für die Interessen der Arbeiter eintreten, einige Konzessionen machte. So aber erregt das Borgehen der Regierung bei den Arbeitern den falschen Anschein, als ob die Regierung ihnen gegenüber anders vorgehe, als gegenüber anderen Volksklassen. Dieser Glaube entsetzt nicht nur bei den Sozialdemokraten; wir haben 12-14 Millionen Arbeiter, der Sozialdemokratie gehören davon nur etwa 1-2 Millionen an, und auch die übrigen, der Sozialdemokratie nicht angehörenden Arbeiter können in der Reichstagsvorlage ein Verbittegen gegen die Arbeiter erblicken, weil sie die Vorlage falsch verstanden haben, aber ganz besonders darüber, weil die ganze moderne Volkswirtschaft nach Vereinsbildungungen hinstrebt. Aller Orten entwickeln sich Vereinigungen, Centralverbände, Zünfte, Landwirtschaftskammern u. s. w. Alle übrigen Organisationen werden von der Regierung geschützt, und da kann man es den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie es äbel empfinden, daß ihre Vereinigungen allein in keinem rechtlichen Schutz stehen. Man muß eben mit diesem Element rechnen, welches die große Mehrheit des deutschen Volkes und des Reichstages bewegt. Im monarchischen Staat ist es die erste Pflicht der Regierung, daß alle das Bewußtsein haben, daß ihnen ihr Recht wird. Bismarck hat einmal bei einem Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, als ein Landrath und seine Gendarmen für die Arbeitgeber eintraten, sofort an den Minister des Innern geschrieben, dieser Landrath müsse bestraft werden, denn es gehe nicht an, daß eine königliche Behörde einseitig für den Arbeitgeber eintrete. Diesen Standpunkt muß die Regierung stets einnehmen, wie er von den früheren preussischen Regierungen innegehalten wurde. Namentlich Friedrich der Große hat sorgfältig den Eindruck zu vermeiden gesucht, als hätte die Regierung an den unteren Ständen nicht dasselbe Interesse, wie an den oberen. Dieser Standpunkt tritt besonders deutlich hervor in der Stellung, die Friedrich der Große einnahm in dem Streite des Herrn v. Gersdorff gegen den Müller Arnold, Herr v. Gersdorff hatte offenbar Recht, Friedrich II. aber gab dem Müller Arnold Recht, bloß damit die unteren Stände nicht der Ansicht wurden, ihre Rechte würden weniger wahrgenommen. Das ist ein sehr wichtiger Gesichtspunkt im öffentlichen Leben. In Reichstags hat der Minister Vresfeld den Parteien ein großes Loblied gesungen; ich trete ihm darin bei, aber wir müssen auch

die Schattenseiten der Karte beachten, sie bedeuten häufig absolet Monopole, die die Gewerkschaft völlig ausheben, und deren Ausschreitungen gegen die Gewerkschaft man ebenso entgegen treten muß, wie dem Ausschreitungen der Arbeiter. Von diesem Gesichtspunkte aus hätte ich, wäre ich Mitglied des Reichstages gewesen, mit der Mehrheit gestimmt, ich hätte mich auf den Standpunkt des Herrn Dr. Heber gestellt, wonach die Vorlage nur diskutabel ist zusammen mit einer Reform des Arbeitervereinsrechts und des Koalitionsrechts.

Graf Mirbach: Ohne auf Details einzugehen, entgegne ich dem Herrn Professor Schmoller, daß in Bezug auf die von ihm angeregten Fragen die Stellung der Arbeiter unverändert bleibt. Die Behörden, die Gendarmen müssen dem Recht geben, der Recht hat — aber Gewalt brauchen darf nur der Staat. Herr v. Mantaußel: Herr Heber hält den Antrag für „zur Zeit“ ungeeignet — aber vielleicht treten wir erst wieder zusammen, wenn der Reichstag schon entschieden hat, also ungeeignet kann der Antrag nicht sein, und Schaden kann er in Bezug auf die Stellung des Reichstages auch kaum mehr, wie Herr Heber fürchtet. Das Koalitionsrecht soll nicht ausgetastet werden, die Vorlage will die Unzufriedenheit der Arbeiter nicht heilen, sondern schwächen, indem sie den Terrorismus der Streikenden energisch bekämpft. Wenn Professor Schmoller Mitglied des Bundesrathes wäre, so würde es ihm doch auch ziemlich sauer werden, einen Entwurf auszusprechen, der bei allen maßgebenden Parteien des Reichstages Aussicht auf Annahme hätte. (Heiterkeit.) Wir müssen die Arbeiter schützen vor den brutalen Maßnahmen der wenigen organisierten Arbeiter; einige wenige Agitatoren organisieren vielleicht ein Zwischglied der gesamten Arbeiterkraft; dieses ein Zwischglied, gefahret von gewissenlosen Agitatoren, ist fast genug, die übrigen Arbeiter zu verhindern, zu thun, was sie thun müssen zum Wohle ihrer Familien und des Staates. Man kann mit gutem Recht bestreiten, daß die Gesetzgebung der letzten 15 Jahre besonders zu Gunsten der Arbeitgeber erfolgt wäre. Selbst wenn Friedrich der Große noch herrschte, er könnte nicht arbeiterfreundlicher regieren, als es die Herrscher auf dem Hohenzollernthron in den letzten 15 Jahren und darüber hinaus gethan haben. Der betreffende, von Professor Schmoller erwähnte Mann hieß übrigens nicht Gersdorff, sondern Schumertow. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, einstimmig für den Antrag Graf Mirbach einzutreten. (Beifall.)

Oberbürgermeister Becker: Wenn wir den Antrag überhaupt für geboten halten, müßten wir allerdings anerkennen, daß der jetzige Zeitpunkt ganz zweckmäßig ist. Aber ich vermisste auch nach den Ausführungen des Herrn v. Mantaußel den Nachweis, daß der Antrag zweckmäßig ist. Deshalb habe ich den Antrag als nicht zeitgemäß bezeichnet. Herr von Mantaußel hat gemeint, schlechter als jetzt könne die Situation des Gesetzentwurfes im Reichstage auch durch den Antrag nicht werden. Aber es kann doch der Zweck eines solchen Antrages nicht sein, bloß etwas, was schon schlecht ist, nicht noch schlechter werden zu lassen, sondern man will doch wohl eine Wendung zum Besseren erreichen. In diesem Wunsche bin ich mit Herrn v. Mantaußel auch vollständig einverstanden. Aber der Antrag ist nicht der richtige Weg dazu. Bei dem Gesetz, dessen Tendenz ich persönlich billige, ist ein Moment der augenblicklichen Situation Ihnen allen nicht klar geworden, daß nämlich die Arbeiter in ihrer großen Masse durch die aus dem Gesetzentwurf hergeleiteten Voreingungen der Führer in einem fast unverständlichen Sinne aufgeregt sind, und die unverständliche Auffassung des Reichstages dokumentirt sich ja in dem meiner Auffassung nach dem zu vertretenden Beschlusse, eine Kommissionsberathung abzulehnen. Weil wir besorgen, daß der Antrag diese Stimmung nur verschlechtern kann, deshalb müssen wir selber gegen denselben stimmen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Graf Mirbach wird in namentlicher Abstimmung mit 72 gegen 22 Stimmen angenommen. Es stimmen dagegen die Oberbürgermeister Becker, Wender, Nitzemann, Baummann, Fuß, Dr. Giese, Jäger, Kofhl, Ahrich, Staube, Weltmann, Zweigert; ferner Graf Behr, Behrenhoff, Graf Hutten-Chapski und Landgraf Alexius von Hessen, Graf v. Schlieffen und die Professoren Dr. Frörster, Dr. Meinte, Dr. Slaby, Dr. Schmoller; Reichsbankpräsident Dr. Koch und Geh. Regierungsrath Nissen. Nach Erledigung einiger Petitionen war die Tages-Ordnung erschöpft.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Fälschung im Reichstage. Ein Posadowsky-Offizier ergreift in dem Oberschleiffstein das Wort zu folgender Philippika:

„Die „Frankf. Ztg.“ bringt in ihrer Nr. 182 eine ihr von „geschätzter Seite“ zugegangene Meinungsäußerung in Betreff der viel besprochenen Korrektur an den Bemerkungen des Reichstags-Präsidenten über die Zulässigkeit der Kritik kaiserlicher Reden.

Die „geschätzte Seite“ der „Frankf. Ztg.“ geht bei ihrer Meinungsäußerung von der Voraussetzung aus, daß eine zum Ressort des Staatssekretärs des Innern gehörende besondere handschriftliche Berichterstattung für Se. Majestät den Kaiser über die Hauptvorgänge in jeder Reichstags-Sitzung eingerichtet sei. Zwischen dieser angeblich bestehenden Berichterstattung des Reichsamts des Innern und der viel besprochenen Einschlebung in die Bemerkungen des Reichstags-Präsidenten sucht nun das Frankfurter Blatt einen Zusammenhang herzustellen.

Die Voraussetzungen des Artikels sind vollkommen unrichtig. Eine vom Ressort des Reichsamts des Innern abhängige Berichterstattung an Se. Majestät den Kaiser über die Verhandlungen des Reichstages besteht nicht. Was aber die Folgeungen anlangt, die die „Frankf. Ztg.“ aus dieser angeblichen Thatfache zieht, so weiß man nicht, ob man dieselben mehr für albern oder für verächtlich halten soll. Jedenfalls ist es sehr zu bedauern, daß so ungerühmte Raisonnements, wie die der „Frankf. Ztg.“, von einem Theile der übrigen Presse der Weiterverbreitung würdig befunden worden sind.

Diese geschätzten Worte sind zwar ganz dem Style der „Post“ angemessen; allein sie tragen zur Aufklärung der dunklen Skandal-Affaire nicht das Geringste bei. Erfreulich ist nur die Heftigkeit, mit der das Reichsamt des Innern gegen die auch nur leise angedeutete Idee in Schutz genommen wird, als könne es mit der Fälschung irgend etwas zu thun haben. Diese Heftigkeit läßt erkennen, daß man im Reichsamt des Innern die Fälschung selbst für eine höchst verächtliche That hält.

Briefe Stumm's haben keinen literarischen Werth, so hat Donnerstag ein Berliner Landgericht erkannt. Bekanntlich hat der „Vorwärts“ am 26. Februar d. Js. drei Briefe des Freiherrn v. Stumm an den Chefredakteur der „Post“ veröffentlicht. Der Inhalt der Briefe betraf zwei Mitarbeiter der „Post“, den bekannten Herrn Fint, dessen Vergangenheit durch Behel im Reichstage zur Sprache gebracht wurde und den Schriftsteller Max Lorenz, welcher nach Ansicht des Herrn v. Stumm einen Standpunkt vertrat, der sich mit der Tendenz der „Post“ in Betreff der inneren Politik nicht vereinbaren lasse. Herr

v. Stumm wünschte deshalb, daß beide genannte Herren aus ihren Stellungen bei der „Post“ entfernt würden. Der „Vorwärts“ verfaß den Abdruck dieser Briefe mit einem Kommentar, worin u. A. ausgeführt wurde, daß Herr v. Stumm einen weit schlimmeren Terrorismus ausübe, als den Sozialdemokraten nachgesagt werde. Wegen des Abdrucks seiner Briefe stellte Herr v. Stumm Strafantrag gegen den „Vorwärts“, da er darin eine Verletzung des Urheberrechts erblickte. Der angeklagte Redakteur, Genosse Jakobey, erklärte vor der 4. Strafkammer des Berliner Landgerichts I, daß er der Uebersetzung gewesen sei, er dürfe die Briefe abdrucken, der Bedanke, daß er sich dadurch strafbar machen könne, sei ihm gar nicht gekommen. Als einziger Zeuge wurde der Chefredakteur Kronshrin von der „Post“ vernommen. Er bekundete, daß ihm die Briefe aus seinem verschlossenen Post entwendet sein müssen. Besitzer der „Post“ seien 12 Personen, v. Stumm sei Vorsitzender des Aufsichtsraths und habe in dieser Eigenschaft natürlich Einfluß auf die Haltung und Leitung der „Post.“ Staatsanwalt Paschke räumte ein, daß die Frage, ob auch Briefe durch das Nachdruckgesetz geschützt werden könnten, eine offene sei; die hervorragenden Juristen seien darüber verschiedener Meinung. Stenglein bejahe die Frage mit der Begründung, daß ein Brief stets das Produkt einer geistigen Ueberlegung sei, und daß es nicht darauf ankomme, ob der Abdruck einen literarischen Werth habe. Es sei zweifellos, daß der Angeklagte in Gemeinschaft mit einem Anderen den Nachdruck hergestellt und mindestens fahrlässig gehandelt habe. Er glaube dem Angeklagten, daß er nur im Besitze der Abschriften der Briefe gewesen sei, denn sonst würde er ihn wegen Hehlerlei angeklagt haben. Bei der Strafabmessung komme in Betracht, daß der Angeklagte wissen mußte, daß die Briefe durch einen nichtwürdigen Vertrauensbruch erlangt waren. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 200 Mark und Beschlagnahme der betreffenden Nummern des „Vorwärts“. Der Verteidiger Freudenthal erklärte, daß die Art, auf welche die Briefe dem Angeklagten zugänglich gemacht worden seien, bei der eventuellen Strafthat selbst nicht in Betracht komme. Er erinnere nur an den Ausspruch Bismarck's: „In der Politik kann man nicht immer anständige Mittel gebrauchen.“ Den übrigen Ausführungen des Staatsanwalts könne er leicht begegnen, indem er der Anschauung Stengleins die entgegengesetzten von Dambach, Scheele, Wandry, Goldhammer, Giercke und anderer namhafter Juristen gegenüberstelle. Der Verteidiger wies noch darauf hin, daß auch die Richard Wagner'schen Erben, die eine Klage gegen den Herausgeber Wagner'scher Briefe angestrengt hatten, mit ihrer Klage abgewiesen waren. Er halte eine Freisprechung des Angeklagten für sicher. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage mit der kurzen Begründung, daß die in Rede stehenden Briefe Geschäftsbriefe seien, auf welche das Nachdruckgesetz Anwendung nicht finden könne.

Ein britisches Urtheil über deutsche Arbeiter. Das hervorragende englische Fachblatt „The Engineer“ schreibt in seiner letzten Nummer:

„Man kann jetzt in Deutschland weder Fabriken noch Werkstätten irgend welcher Art besuchen, ohne festzustellen, daß in ihnen allen die Disziplin außerordentlich gut ist. Mögen Arbeiter in ihrer freien Zeit auch noch so viel sozialdemokratische rothe Ansichten äußern, wie es ihnen gefällt, auf der Arbeitsstätte sind sie gehoramt und haben Disziplin. Das Resultat davon ist, daß sie mit einer „Einheit“ arbeiten, die man sehen muß, um sie zu glauben.“

Und gegen diese fleißigen Arbeiter plant die deutsche Regierung ein Buchthugengesetz! Welche Ironie!

Auch das Abgeordnetenhaus sucht die „Post“ für eine Aktion zu Gunsten der Buchthugensvorlage scharf zu machen. Sie hegt aber doch Befürchtungen wegen des Ausgangs eines solchen Vorstoßes, weil das neue auf sicherer materieller Grundlage aufgebaute Freundschaftsverhältnis zwischen den „beiden bürgerlichen Mittelparteien“ — gemeint sind die Nationalliberalen und das Centrum — die nationalliberale Fraktion davon abhalten werde, sich an einem Schritt zu betheiligen, der das Mißfallen des Centrum's erregen könnte.

Samoa. Das „Neuerliche Bureau“ meldet aus Apia vom 28. v. Mts.: Es sind jetzt 3500 Gewehre, die unter die Malietoaaleute vertheilt nicht mit eingerechnet, eingeliefert. An Stelle des deutschen Kriegsschiffes „Falke“, das nach Sidney abgegangen ist, ist „Cormoran“ hier eingetroffen. Die Mataafa-Hauptlinge hatten an Bord des amerikanischen Kreuzers „Badger“ in Gegenwart des deutschen, englischen und amerikanischen Kommissars eine Zusammenkunft, in deren Verlaufe sie sich die Hände reichten und Frieden schlossen. Zwischen Mataafa und Malietoa ist ebenfalls eine Zusammenkunft vereinbart worden, der die Kommissare beizohnen werden. Der Frieden ist gesichert. Beide Theile sind friedlich in ihre Dörfer zurückgekehrt und warten jetzt die Aktion der drei Mächte ab. Die Kommissare bereisen die Inseln und erklären den Eingeborenen ihre Beschlüsse und verfühnen sie. Solz übt das Amt eines Präsidenten der Munizipalität aus und steht in gutem Einvernehmen mit den Eingeborenen. Die Anhänger Tanusa, welche entgegen den Abmachungen mit der Mataafa-Partei und gegen den Befehl der Kommission in der Stärke von ungefähr 1000 Mann auf der als Regierungssitz geltenden Halbinsel Mulinum bei Apia zurückgeblieben waren und den Frieden ernstlich bedrohten, haben endlich diesen Platz geräumt. — Das Kriegsschiff „Porpoise“, Kommandant Stardee, hat Samoa verlassen.

Kleine politische Nachrichten. Ueber die Klüftung für exportirtes Mehl hat der Bundesrath, entprechend einem Antrag Preußens, in seiner letzten Sitzung neue Bestimmungen beschlossen. Die neuen Bestimmungen bezwecken eine Abkürzung der bei der Ausfuhr von Mehl gewährten Zoll

Veranlassung nach der Forderung des angeführten Mehlens in der Weise, daß für feineres Mehl eine größere, für gröberes Mehl eine geringere Menge von Getreide zollfrei abgeschriebeu bzw. gegen Einfuhrzölle eingelassen wird. Es sind zu diesem Zwecke nach dem Reichstag im Anschluß an die bestehenden Handelsverträge für Roggenmehl zwei, für Weizenmehl vier Ausbeutestufen gebildet, nach denen die Namelung und Abfertigung des Mehles zur Ausfuhr zu erfolgen hat. — Die in Krain erschienenen „Kova Reform“ ist, nachdem sie binnen Jahresfrist zweimal im objektiven Strafverfahren verurteilt worden ist, auf die Dauer von zwei Jahren in Deutschland verboten worden. — Die Klagen des reisenden Publikum über Verhältnisse durch Gefangenen-Transporte auf den Eisenbahnen haben den Minister des Innern veranlaßt, verfassungsmäßig zunächst auf einigen schließlichen Linien besondere Einrichtungen, regelmäßig laufende Gefangenen-Wagen einzustellen, die nach dem schärfsten Fahrplan wöchentlich zwei Mal kursieren. Jeder Wagen wird von einem dazu besonders bestellten Gefängnisbeamten begleitet. Die Ortspolizeibehörden sind angewiesen worden, möglichst bei allen Transporten diese Einrichtung zu benutzen. — Die „Ebersfelder Zeitung“ bepricht in einem ausführlichen Artikel die geplante, von der Regierung gebilligte Vereinfachung der Städte Ebersfeld und Warmen zu einem Gemeinwesen. Die Idee wird in dem maßgebenden Kreise beider Städte mit Freuden begrüßt. — Das Columbus-Ei des Herrn von Alquist ist geschnitten, der Eidolter angelassen und nur das Eiweiß gerettet worden, also verspottet die „Köln. Bzg.“ das Kompromiß zwischen Centrum und Nationalliberalen in der preussischen Gemeinde-Wahlrechtsfrage. — Enttäuschungen über Enttäuschungen erfahren die Wähler. In Mainz verwandeln sich die meisten der dort begründeten Zwangsvereine wieder in freie Zünfte. — Das englische Unterhaus nahm mit 248 gegen 174 Stimmen das Amendement des Oberhauses zur Londoner Lokalverwaltungsreform an, wonach Frauen als Aldermen und Räte nicht wählbar sind.

Dänemark.

Die Massenarrestierung. Die Einigungsammer hielt Dienstag ihre zweite Sitzung ab, welche durch das Verhalten der Unternehmer ebenso lang ausgezögert wurde, wie die vorige. Die Unternehmer wollen eben die Auslieferung in die Länge ziehen, bis sie glauben, daß der Hunger die Arbeiter dazu zwingen wird, sich zu unterwerfen. Sodann haben sie wiederum eine Reihe von Forderungen aufgestellt, welche sie anerkannt verlangen, ehe sie die Auslieferung aufheben wollen. Ursprünglich hatten sie acht Punkte aufgestellt, Dienstag stellten sie nun elf neue Punkte auf, so daß sie nun im ganzen 19 Streitpunkte gelöst haben wollen, ehe sie die Auslieferung aufheben. In dem einen der neuen Punkte verlangen die Arbeitgeber ein Mitspracherecht darüber, was in den Statuten der Gewerkschaften stehen darf. In gewissen Fällen dürfen die Gewerkschaften ihre Statuten nicht verändern, ohne die Erlaubnis der Arbeitgeber einzuholen. Weiter verlangen sie, daß das Stimmrecht in den Gewerkschaften nur denjenigen Mitgliedern zukommt, welche das Wahlrecht zum dänischen Reichstag haben. Alle im Auslande geborenen Arbeiter dürfen also keinerlei Einfluß auf ihren eigenen Verein haben. Und da das Wahlrecht zum bisherigen Reichstag erst mit dem 30. Jahre eintritt, und außerdem bei dem Genusse von Armenhilfe verloren geht, wird der überwiegende Theil der inländischen Arbeiter ebenfalls unständig gemacht. Die Arbeitgeber verlangen weiter, daß die Gewerkschaften eine Viertel Million Kronen deponieren sollen als Sicherheit dafür, daß die eingegangenen „Verpflichtungen“ erfüllt werden. Schließlich verlangen sie das Recht zu haben, zu jeder Zeit und ohne vorausgehende Verhandlungen eine Generalarrestierung erklären zu können, und dieses „Recht“ sollen die Gewerkschaften anerkennen. Es ist einleuchtend, daß nur aufgeblähter Kapitalisten-Hochmuth den Arbeitern einen solchen Hohn zu bieten wagt, und es beweist klar und deutlich, daß es die Absicht der Arbeitgeber ist, die Arbeiter vollständig zu Sklaven zu machen, sowie deren Organisationen zu ruinieren. Und das Mittel, welches sie hierzu gebrauchen wollen, ist die Hungerpeitsche. Deshalb wollen sie die Auslieferung nicht eher aufheben, als bis die Arbeiter ausgehungert sind.

In der Sitzung am Dienstag wurde selbstredend kein Resultat erzielt. Mittwoch sollte wiederum eine Sitzung stattfinden, aber wahrscheinlich werden die Vertreter der Arbeiter sich nicht mehr lange zu diesem von den Kapitalisten aufgeführten Komödientpiel hergeben.

Oesterreich-Ungarn.

Demonstration in Wien. Trotz strömenden Regens veranstaltete die sozialdemokratische Parteileitung Donnerstag Abend eine Demonstration in der Ringstraße und vor dem Rathhause, welches jedoch polizeilich abgesperrt war. Die Teilnehmer zählten, nach einer Meldung des „S. E.“, ca. 12 000 Mann. Als dieselben stürmische Pfuirufe auf Bueger und die Christlichsozialen ausbrachten, schritt die Polizei zu Fuß und zu Pferde ein, um die Demonstranten zu zerstreuen. Es kam zu heftigen Zusammenstößen, wobei zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Um 9 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt. Wie nachträglich gemeldet wird, wurden auch die Genossen Dr. Adler, Reumann und Bretschneider verhaftet, weil sie gegen ein zu heftiges Vorgehen der Wache protestirten. Insgesamt fanden 45 Verhaftungen statt.

Belgien.

Zur inneren Lage. Auf die große Erregung in Belgien ist nach einem Brüsseler Telegramm der „Köln. Bzg.“ nunmehr völlige Ruhe gefolgt. Es erübrigt nur festzustellen, daß die Arbeiten der Fünfzehner-Kommission zu keinem Ergebnis führen werden, da die 10 Mitglieder, die von der Rechten in die Kommission entsandt worden sind, theilweise die Behältniswahl und theilweise die Einzelwahl befürworten, während die Linke auf der Vertagung der Wahlreform bis nach 1900 oder auf der

direkten Volksbefragung durch das Referendum besteht. Da die Rechte vom Referendum nichts wissen will, werden die Wähler im nächsten Rai Gelegenheit haben, sich über die Wahlreform selbst auszusprechen. — Zahlreiche Mitglieder der Linken des Senats und der Kammer hielten am Donnerstag Nachmittag eine Versammlung ab, worin die Lage besprochen wurde. Sie beschloßen, an der Verbindung gegen die Regierung in Angelegenheit der Wahlreform vorläufig einstimmig festzuhalten.

Frankreich.

Der berühmte Epistel Guenée, der Verfasser der von Mercier und später von Ferry bestellten Polizeiangebühren gegen Dreyfus und Picquart, ist am Dienstag gestorben.

Wie die Zeitung „La Presse“ erzählt, wurde der Vorstand des Syndikats der Pariser Papierhändler auf Antrag der Willkürgerichts-Behörde in Rennes über die Qualität des Papiers des Vorderaus als Experte vernommen. Danach würden also entgegen den bisherigen Angaben in Rennes doch Vorurtheile zum Prozeß Dreyfus gepflogen.

Spanien.

Eine Epistelgeschichte. Der gesprächige Telegraph verbreitet von Madrid aus eine sehr geheimnißvolle Geschichte: „Durch die Verwaltungsbehörden in Cadix ist festgestellt, — so heißt es — daß sich der italienische Anarchist Malatesta zwei Monate lang in Andalusien aufgehalten und unter der dortigen Arbeiterbevölkerung der kleinen Städte und des flachen Landes einen Geheimbund „Mano Negra“ („Die schwarze Hand“) begründet hat. Die Hauptziele des Bundes, der bereits gegen 40 000 Mitglieder zählen soll, sind Jerez, Sanlucar und Trebujena; es gelang jedoch noch nicht, die Leiter des Geheimbundes ausfindig zu machen.“ — Welcher Epistel wird sich da wieder sein Handgeld verdient haben?

Der Ministerrath berieth am Mittwoch über die Ersparnisse, die sich bei den Ausgaben für die einzelnen Ministerien durchführen lassen. Die Ausgaben für das Marineministerium sollen um 1 Million, die für das Finanzministerium um 1 1/2 Millionen herabgesetzt werden.

In Barcelona haben sich Mittwoch Abend die Unruhen wieder erneuert. Eine Gruppe junger Leute warf Steine in mehrere Läden. Die Gendarmen schritt ein. Die Manifestanten feuerten Revolvergeschosse ab, worauf die Gendarmerie ebenfalls schoss. Drei Gendarmen und einige Manifestanten wurden verwundet, achtzehn Personen wurden verhaftet. Auf der Rambla explodirte eine Petarde. Gerüchtweise verlautet, daß der Belagerungszustand proklamirt werden wird.

Serbien.

Auf Milau, den Exkönig und Spieler, soll nach einer Meldung aus Belgrad, am Donnerstag ein Attentat verübt worden sein. Milau wurde im Rücken durch Schüsse leicht verletzt. Bald nach seiner Ankunft im Palais konnte er bereits wieder Diplomaten empfangen. Der Thäter wurde verhaftet; seine Personalien sind noch unbekannt. — Sicherlich hat es mit dem Attentat nicht viel auf sich, denn Milau ist ein politisch tochter Mann, an dem nur noch Spieler und Zuhälter ein Interesse haben.

Bulgarien.

Unruhen sollen nach Meldung Berliner Blätter in Sofia ausgebrochen sein. Nach Unterstüßung der von der Sobranje genehmigten Finanzverträge hat sich Fürst Ferdinand mit seinen Kindern und der Fürstin Clementine nach Euginograd begeben, wo er mit dem Herzog von Chartres zusammentreffen wollte. Seine Abreise scheint nun die Oppositionspartei als Anlaß benützt zu haben, um Ruhestörungen in Sofia hervorzurufen. So wird der „Böf. Bzg.“ aus Sofia über Belgrad gemeldet, daß ernste, von der Opposition der Sobranje angeregte Unruhen ausgebrochen seien. Das fürstliche Schloß sei von großen Truppenmassen umgeben, auch die Umgegend der Stadt sei militärisch besetzt, um den Zugang von Aufständischen zu verhindern. — Ähnlich berichtet ein Semliner Telegramm des „B. L.-V.“: Die Opposition wurde nach Standaalzenen durch Militär aus der Sobranje entfernt, worauf Unruhen in den Straßen ausbrachen. Militär schloß das Palais und cernirte die Stadt. — Ein Belgrader Telegramm des „Bester Bloß“ weiß dagegen schon von der Entthronung des Fürsten Ferdinand zu berichten. Bis weitere Nachrichten vorliegen, wird man annehmen dürfen, daß die Situation nicht so gefährlich ist, wie sie in obigen Meldungen geschildert wird. Schon meldet das Wiener Korresp.-Bureau, in Wien sei über angebliche Unruhen in Sofia gar nichts bekannt.

Rußland.

Die Noth der russischen Bauern wird durch die bevorstehende Ernte kaum eine Milderung erfahren. Die „Russkija Wedomosti“ und die „Kossija“ heben hervor, daß in vielen Nothstandsgegenden die Bauern einem neuen Elend entgegen gehen, selbst wenn die Ernte noch so gut ausfallen sollte. Die Sache ist die, daß die Bauern häufig, um einstweilen nur leben zu können, die künftige Ernte bereits auf dem Palm verpfändet haben, und zwar zu Spottpreisen. Besonders ist dies im Gouvernement Samara geschehen. Voraussehen läßt sich, daß die Bauern nicht im Stande sein werden, ihre Ernte einzulösen und diese somit den Geldleihern anheim fallen wird. Die „Russkija Wedomosti“ rufen nun die Gesellschaft auf, den Bauern zur Auslösung ihrer Felder behülfslich zu sein und zwar ihnen das Geld nicht zu schenken, sondern gegen jährliche Rückzahlung von 1 Rubel

zu leihen. Aber wohl nicht mit Unrecht befürchtet die „Kossija“, daß die Kräfte der Gesellschaft hierfür nicht ausreichen dürften. Das Blatt sieht nur einen Ausweg, den das Staatsinteresse gebieterisch fordere: alle Verpfändungsgeschäfte bezüglich der Ausaat für ungültig zu erklären und den Gläubigern anheimzustellen, nur das zurückzuerhalten, was sie wirklich gegeben haben, und zwar in natura oder in Geld.

Lübeck und Nachbargebiete.

7. Juli.

Die „sozialdemokratische“ Schuhfabrik zu Ebersberg, die bei Efurt muß den „Böf. Bzg.“ schon wieder einmal zu einem Angriffe auf unsere Partei herhalten, obwohl die Leute, die doch sicher wenigstens alle acht Tage einmal Zeitungen in die Hand nehmen, längst wissen, daß es sich um einen Betrieb handelt, der seit geraumer Zeit im Besitze eines Kapitalisten und — wie die von ihm geplante, den Streik verursachende Verlängerung der Arbeitszeit beweist — Gesinnungsgenossen der Herren im Adreßhause befindet. Hilft alles nicht; man flunkert unentwegt weiter, Ehren-Schweinburg wacker nachzusehen.

„Krisis in der Sozialdemokratie“ sieht zur Abwechslung einmal wieder das Amtsblatt bevorzugen. Weshalb so besorgt um uns? Wir sehen diesem so oft prophezeiten Dinge mit vollkommener „Wurschtigkeit“ entgegen, weil es nur in den Köpfen unserer Gegner spukt, und rathen den Herren vom Amtsblatt, lieber vor der eigenen Thür zu fegen und über die latente Krisis in der national-liberalen Partei ein wenig nachzudenken.

Staatssteuern und Abgaben. Im Juni 1899 gingen ein an Einkommensteuer 16 295,14 Mk., Eisenbahnsteuer —, Erbschaftsteuer 20 383,37 Mark, Veräußerungsabgabe 25 549,43 Mk., Stempelabgaben 10 533,70 Mk., Schiffsabgaben 40 371,29 Mk., insgesamt 113 132,93 Mark oder 6365,43 Mark mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einkommensteuer brachte ein Minus, die Erbschaftsteuer und die Schiffsabgaben dagegen ein erhebliches Plus.

— Gewerbegericht. Gestern standen fünf Fälle zur Verhandlung, von denen einer — Bäckerlehrling Sch. gegen Bäckermeister Wäsche — vertagt wurde. Drei Fälle betrafen das Baugewerbe. Vier Maurer klagten gegen die Bauunternehmer Wehling u. Schunk auf Zahlung von rückständigem Lohn in Höhe von insgesamt reichlich 100 Mk. Sch., welcher hierfür haftet, wurde zur Zahlung und Tragung der 3 Mark Kosten verurtheilt. — Bauarbeiter H. verlangte von dem Unternehmer Schwarz ca. 27 Mark Lohn. Beklagter wollte eine Mietbeforderung geltend machen, wurde jedoch antragsgemäß verurtheilt. — Im Vergleichsweg erhielten die an der Kaimauer mit Rammen beschäftigten drei Zimmerer L., Sch. und T. von dem Meister Siener die Hälfte ihrer Forderung in Höhe von 32 Mk. Auffällig ist, daß auch wegen Staatsarbeiten das Gewerbegericht in Anspruch genommen wird. — Der Bäcker knecht B. verlangte vom Bäckermeister Claus 15 Mk. Lohn und Arbeitsbescheinigung. C. war der etwas merkwürdigen Ansicht, daß der Knecht der Befehlsordnung unterstehe. Die Belehrung über diese Sache bestand in seiner Verurtheilung. Der Knecht war fortgegangen, weil er angeblich in einem Raume mit 30 Wärme schlafen mußte.

Klage wird bei uns darüber geführt, daß die Freibadanstalten jetzt erst Morgens um 7 Uhr geöffnet werden.

Öffentliches Schlachthaus. Im Juni er. wurden geschlachtet: 75 Ochsen, 57 Bullen, 228 Röhre und Starren, 588 fette Röhre, 291 magerne Röhre, 16 Lämmer, 18 Liegen, 1704 Schweine, 447 Schafe, 41 Pferde, zusammen 3445 Thiere gegen 3253 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ungeeignet zur menschlichen Nahrung befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet wurden: 1 Kuh, 1 Schwein wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Beschlag, 1 Schwein wegen Porospermieninfektion; im Dampf-Desinfektor gelocht: 1 Bulle, 4 Röhre, 16 Schweine wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Porospermieninfektion; bedingungsweise freigegeben (nicht abgetrennt) und zwar: Dem Vorbesitzer zum eigenen Gebrauch: 1 Schwein wegen Porospermieninfektion. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 541 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und anfänglich besichtigt worden. 19488 kg Fleisch auswärts geschlachteter Thiere wurden im Schlachthaus untersucht. 15 Rinderlungen wegen Tuberkulose, 1 Rinderlunge und 1 Rinderkopf wegen verdorbener Beschaffenheit wurden vernichtet.

In das Handelsregister ist am am 6. d. M. eingetragen auf Blatt 1882 bei der Firma: „M. Gebrüder u. Co.“: Adolph Wilhelm Georg Lorkuhl ist ausgetreten. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft mit der Firma ist auf den Gesellschafter Max Julius Reinhold Gebrüder als alleinigen Inhaber übergegangen.

In das Genossenschaftsregister ist am 6. d. M. eingetragen auf Blatt 7 bei der Firma: „Lübecker Genossenschaftsmelerei (e. G. m. u. H.)“ Johannes Gustav Adolph Mannweiler ist aus dem Vorstande ausgeschieden. Gustav Siby zu Vohrrade ist zum Mitgliede des Vorstandes erwählt.

Aus den Landgemeinden. In Götzhum und sind das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, Fischer J. J. H. Boy, und der Vorsitzende, Fischer J. G. H. Heitmann, in Groß-Schretstaken das Mitglied Lufner H. H. Chr. Eggers auf 6 Jahre wieder gewählt und vom Stadt- und Landamte bestätigt worden.

© Gutin. Ländliche. Der Erbpächter W. zu Gresseltkamp klagte dieser Tage gegen den Knecht N. von hier wegen widerrechtlichen Dienstverlassens. N. hatte zu dem Termin den Knecht und die Magd seines früheren Arbeitgebers laden lassen, welche über die Qualität des ihnen gewährten Essens ausfragen sollten. Wäh-

rend Ersterer bekundete, die Kost sei nicht gut, und wenn es noch einen Butterstich (!) mehr gebe, genüge sie auch noch nicht, meinte das Mädchen, die Kost sei jetzt besser geworden. Der Aufforderung, wieder in den Dienst zu gehen, erklärte Bellozger auf keinen Fall nachkommen zu wollen, worauf der Kläger 60 Mk. Schadenersatz beanspruchte. Er dürfte recht lange darauf warten müssen. — Die Verhandlung beschäftigt wieder, was es mit dem „Braten und Compot“ auf dem Bande auf sich hat.

Entn. Eine Landwirtschaftskammer soll nach dem Beschlusse des Landwirtschaftl. Provinzialvereins für das Fürstenthum errichtet werden. Eine Kommission arbeitet eine entsprechende, der Regierung zu unterbreitende Gesetzesvorlage aus.

Kiel. Gegen die freisinnigen Wahlrechtsträger hat sich das Obergericht ausgesprochen. In der Provinz Schleswig-Holstein sind in letzter Zeit mehrfach durch die erfolgversprechenden Versuche unserer Parteigenossen, die Herrschaft in den Gemeindevertretungen zu gewinnen, Stadtgemeinden veranlaßt worden, durch Ortsstatut den Census für das Wahlrecht innerhalb der durch die Städteordnung für Schleswig-Holstein zugelassenen Höchstgrenze eines Einkommens von 1500 Mk. zu erhöhen. Der

Bezirksauschuß hat die betreffenden Gemeindebeschlüsse regelmäßig bestätigt. Nun ist aber auf Berufung unläuglich von dem Obergerichte diese Entscheidung aufgehoben worden, weil eine Erhöhung des Census mittelst Ortsstatuts nach § 77 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes nicht zulässig sei. Offiziell wird dazu bemerkt, daß nützlichfalls unter Inanspruchnahme der Gesetzgebung für den erforderlichen Schutz der Gemeindevertretungen gegen sozialdemokratische Ueberfluthung zu sorgen sein würde. Bekanntlich waren „Freisinnige“ die Urheber der Axtentate auf das kommunale Wahlrecht. U. E. müssen jetzt die Wahlen, welche in Kiel, Eckernförde, Elmshorn und Wilster auf Grund des erhöhten Census stattgefunden haben, nachträglich sämmtlich für ungültig erklärt und Neuwahlen auf Grund der alten Bestimmungen vorgenommen werden. Es trifft dies auf die seit dem 1. April 1892 erfolgten Wahlen zu.

Fusum. Gegen die Fleischvertheurer hat der Viehzüchter- und Gräser-Verein am Dienstag Stellung genommen. Es wurde erklärt, daß die Provinz nicht in der Lage sei, den Gräsern in den Märkten das nötige Magervieh zu liefern, während das aus Ostpreußen u. s. w. kommende Vieh für den hiesigen Weidgang völlig untauglich

sei. Verlangt wird Freigabe der Zufuhr aus Dänemark, die seit Jahrzehnten sehr zum Vortheile der schleswig-holsteinischen Viehzucht wie der Fleischconsumenten bestanden hat.

Rohrd. Arbeiterrisiko. Beim Anbringen von Bildhauerarbeit an dem auf der Reptonwerft vom Stapel gelassenen Schiffe „Denabola“ fiel der achtzehnjährige Bildhauer Schöck in die Warnow und ertrank.

Quittung.

Für die ausgelassenen Dänen gingen ein:	
Bisher quittirt	1817,90 Mk.
Bildrisik	1,—
Summa	1818,90 Mk.
Davon bisher abgelandt	1246,86 Mk.
bleibt Bestand	72,04 Mk.
Weitere Gelder nimmt entgegen: Redaktion des „Lübecker Volksboten“ Johannisstraße 50.	

Sterefang-Viehmärkte.

Hamburg, 6. Juli.

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 611 Stüd. Preise: Versandtschweine, schwere 46—47 Mk., leichte 49—50 Mk., Sauen 40—42 Mk. und Ferkel 48—50 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Kaffeezelt zu vermieten o. j. verl.
Walenstamm 142.

Gesucht zum 1. October eine Wohnung im Preise bis zu 140 Mk. Offerten unter P W an die Exped. d. Bl.

Gesucht ein Maurerarbeitmann
beim Bau Langereihe 33.

Gesucht ein Knecht bis 17 J.
Näheres Wandstraße 14 a.

ein Laufbursche für den ganzen Tag.
Gartenstraße 28.

Zu kaufen gesucht eine gute Hobelbank
Fradenburger Allee 53 b.

Ein guterhaltener mod. Kinderwagen
billig zu verkaufen Meißnerstraße 28.

Guter kräftiger Mittagstisch
Grosse Burgstraße 11.

Preis 50 Pfg., die Woche Mk. 3.

Pa. hiesiges Schweinef. Pfd. 55 Pfg.

„ Kalbfleisch Pfd. 35 Pfg.

„ hiesige Hühner Pfd. 60 Pfg.

„ fetten und mageren Speck Pfd. 70 Pfg.

„ Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.

„ gekochte Würst Pfd. 60 Pfg.

„ geräucherte Würst Pfd. 70 Pfg.

empfehlen

W. Strohheldt

Glockenackerstraße 73.

Neu eingetroffen:

Eine Parthie moderner hoch-eleganter

Schleiertülle

Meter von 25 Pfg. an.

Schwarzes Sammtband

in allen Breiten.

Zum billigen Laden

30 Huxstr. 30.

Bitte genau auf die Nummer zu achten, also nicht mehr 26 sondern nur allein

30 Huxstr. 30.

J. Greikowska Nachfg.

Mieth-Quittungs-Formulare

liefert prompt und sauber

Expedition des Lübecker Volksboten.

Geschäfts-Uebnahme.

Einem verehrlichen Publikum zur gefälligen Kenntnissnahme, daß ich am heutigen Tage das

Barbir- und Frisir-Geschäft, Balauerstraße 14

bisher meinem Vater gehörig, übernommen habe.

Prompte Bedienung zusichernd, bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen und zeichne

Lübeck, den 8. Juli 1899. **Hans Wulf, Friseur.**

Grosser Saison-Ausverkauf

zu bedeutend herabgesetzten wirklichen Spottpreisen.

Um am Schlusse der Saison eine schnelle Räumung unserer enormen Waarenbestände zu erzielen, verkaufen wir gegen baar, ohne Rücksicht auf den realen Werth, theilweise mit Verlust, so lange die Vorräthe reichen:

Eine Parthie Herren-Anzüge aus dauerhaften Buckskin u. Cheviotstoffen, hell und dunkel, jetzt nur 10 1/2, 9, in den neuesten gestricelten Farben, modernster Schnitt, Werth das Doppelte, 11 1/2 Mk.

Eine Parthie elegante Anzüge aus feinsten Nouveautéstoffen, schneidbarster Schnitt, Werth das Doppelte, jetzt nur 23, 20, 17 1/2 Mk.

Eine Parthie hochfeine Anzüge aus feinsten Nouveautéstoffen, schneidbarster Schnitt, Werth das Doppelte, jetzt nur 23, 20, 17 1/2 Mk.

Eine Parthie Sommer-Paletots für Herren, glatte und melirte Cheviotstoffe, alle Farben, f. u. 13, 11 1/2, 9 1/2, 6, 50 Mk.

Herren-Jacken-Poppen jetzt a St. 30 Pfg. **Herren-Joden-Poppen** jetzt a St. 2.20 **Luxur-Dailetts** für Herren jetzt a St. 1.75 **Staubmäntel** für Herren jetzt a St. 2.25 **Sommer-Hosen** f. Herren jetzt a St. 1.20 **Indisch-Hosen** f. Herren jetzt a St. 2.30 **Kammgarn-Hosen** f. Herren jetzt a St. 3, 75

Arbeiter-Garderoben in jeder Art bei uns unerreicht billig!

Radfahrer-Anzüge jetzt nur Mk. 7 an **Radfahrer-Hosen** jetzt nur Mk. 2.90 an **Flügelings-Anzüge** jetzt nur Mk. 3 an **Anaben-Wasch-Anzüge** nur Mk. 1.20 an **Anaben-Wasch-Blousen** nur Mk. 0.70 an **Anaben-Mobell-Anzüge** nur Mk. 3 an **Anaben-Hosen** nur Mk. 0.65 an

Welthaus Goldene 33
Lübeck, Breitestraße 33, eine Treppe (kein Laden).
Anerkannt billigste Einkaufsquelle für elegante Herren- u. Anaben-Bekleidung.

F. Meyer's Schuhwaaren-Verkaufshaus
Huxstraße 118
empfehlen sein aus bestem Material angefertigtes

Herren-, Damen- und Kinder-Fußzeug
zu bekannt billigen Preisen.

Reparaturen werden schnell und dauerhaft ausgeführt.

Sieben erschien im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, und ist durch die Expedition unseres Blattes zu beziehen:

Die Buchthaus-Vorlage vor dem Reichstage.
Stenographischer Bericht der Reichstagsverhandlungen.

192 S. gr. 8°. **Preis 25 Pfg.** Porto 10 Pfg.

Trotz der Niederlage der Regierung ist die Gefahr der Buchthaus-Vorlage nicht beseitigt; mit allen Mitteln suchen die Scharfmacher die öffentliche Meinung über den Charakter der Vorlage hinwegzutäuschen, ohgleich aus dem Wortlaut, den Motiven, der famosen Denkschrift und ganz besonders aus den Reden der Minister für uns unzweifelhaft hervorgeht, daß die Folgen dieses Gesetzes die Aufhebung der Coalitionfreiheit, das Verbot und die Unterdrückung jeden Streits, jedes Lohnkampfes wäre. Das müßten sogar die Vertreter der bürgerlichen Parteien zugeben. Deshalb wird die Verbreitung dieser Verhandlungen für unsere Agitation reiche Früchte tragen.

Täglich: Frische Hannoverische Bienen
empfehlen

C. Stender, Düstere Querstr. 13.

Vorjährig. Tafelhonig Pfd. 40 Pfg.

Guten Apfelwein Flasche 30 Pfg.

empfehlen Frommhagen, Mühlentstraße 81.

Gefunden ein Schirm an „Behrens Hotel“
Abzuholen bei **Hess, Glodengießerstraße 10.**

Karl Willenbrock's Möbel-Magazin

Marlesgrube 9
empfehlen gut gearbeitete

Möbel, Spiegel- und Polster-Waaren
zu soliden Preisen.

Saus in der Stadt mit 2 Wohnungen für 4500 Mk. Anz. gering. Näheres **Kl. Gröbelsgrube 12.**

Geschäfts-Verlegung.

Meinen werthen Kunden die ergebene Mittheilung, daß ich mein

Barbir- u. Frisir-Geschäft
verbunden mit

Cigarren-Handlung
von Arnimstr. 2 d nach Arnimstraße 3

verlegt habe für das mir seit 9 Jahren bewiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte, mir dasselbe in meinem gänzlich neu eingerichteten Geschäftshause auch ferner zukommen zu lassen.

Carl Lüdecke.

Wegen vorgerückter Saison
verkaufe elegante helle Herren-Hosen

für jeden annehmbaren Preis.
Marlesgrube 38.

Gute Cigarren, 100 Stk 2,90 Mk.
Johannisstr. 17-19.

Deutscher Metallarbeiterverband
(Bahnhof Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung

am Sonnabend den 8. Juli 1899

Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Die Ortsverwaltung.

Tivoli.

Freitag den 7. Juli cr.:
Abend des

Schwiegerling-Monstre-Pracht-

Feuerwerks

verbunden mit **grossem Concert**

der Capelle des 102. Regt.
Anfang des Concerts 8 Uhr.
(Siehe Plakate).

Ton-Halle

Heute Sonnabend:
Eröffnung des Lokals.

Grosses Concert

Entree frei. **Bier 15 Pfg.**
Freunde und Bekannte bitte mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Bernhard Sellmann.

Tivoli-Theater.

Sonnabend den 8. Juli
Große Extra-Schüler-Vorstellung.

Aus Deutschlands grösster Zeit.
Parquet 50 Pfg., 1. Rang 30 Pfg., Parterre 20 Pfg.
Erwachsene zahlen dieselben Preise.

Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. **Anfang 7 1/2 Uhr.**
Montag den 10. Juli.

Gastspiel des Hoftheater-Direktor **Julius August Grube.**

Der Comprador in China.

Von dieser für den Handel mit Chinesen wichtigen Persönlichkeit bringt der „Asiatische Lloyd“ eine interessante Schilderung, der wir das Wesentlichste im Folgenden entnehmen. Denn mehr denn je tritt dieses bezopfte Faktum des fremden Kaufmanns in China in den Vordergrund. Das Wort Comprador stammt aus dem Spanischen und bedeutet so viel wie Käufer. Er folgt wie ein Schatten dem ausländischen Kaufmann und ist sein alter ego, sein anderes Ich. Der Ursprung dieser „Gilde“ datirt von der Eröffnung des fremden Handels an, also seit länger als fünfzig Jahren.

Die große Schwierigkeit des Ausländers, sich mit den Eingeborenen in China zu verständigen, wird wohl in erster Linie es veranlaßt haben, einen chinesischen Mittelsmann zu engagieren und wenn im Anfang mehr eine Bequemlichkeit, so wurde er sehr bald eine Nothwendigkeit. Kein kaufmännisches Geschäft konnte mehr von Ausländern mit Chinesen ohne Hilfe des Compradors abgeschlossen werden.

Er kaufte Thee, Seide, Porzellan und andere Waaren, die ausgeführt werden sollten, und andererseits verkaufte er alle importirten Artikel, gleichviel ob große oder kleine. Er stellte alle Diener, die ein Establishment brauchte, an, war aber auch für ihre Ehrlichkeit verantwortlich. Auch führte er allein die Bankrechnungen. Der Comprador ist in der Regel ein schlauer, aufgestreifter Chinese, der die Interessen seines Herrn aufs Genaueste wahrnimmt.

Dass er nebenbei seine eigenen nicht vernachlässigt, ist nicht zu verwundern, und man darf mit Sicherheit annehmen, daß er sie nicht vergißt. Er hat gewisse „legitime Erpressungen“ in fast jedem Zweige seiner Thätigkeit, bekommt eine Provision von den Dienern, die er anstellt, und überhaupt von allen anderen allgemeinen Ausgaben des Haushaltes. Daraus wird erklärlich, weshalb prächtige Gelegenheiten er hat, aus den Geschäften mit den eingeborenen Kaufleuten Geld zu machen. Der Comprador ist ernst, thätig, einfach und dadurch, daß er auf das Geschäft sehr aufmerksam ist und sparsam lebt, ist es ihm möglich, in einem Jahre bei einem Gehalt von vielleicht 1000 Dollars mehrere 1000 Dollars zu sparen. Kein Ausländer kümmerte sich einst darum, daß der Comprador so viel Geld machte, da er des Lohnes wohl werth war; er erwartete ihnen ja viele Unannehmlichkeiten und Bemühungen.

Und in einem fast tropischen Lande ist dies von großer Wichtigkeit. So wurde der Comprador eine unumgängliche Nothwendigkeit, der Hauptmittler in allen zwischen Ausländern und Chinesen abgeschlossenen Geschäften. Eine seiner Fähigkeiten bestand darin, daß er das sogenannte „Pidgin-Englisch“ sprach, ein Kompromiß zwischen Englisch und Chinesisch, das den Chinesen mündrecht gemacht und dem syntaktischen Bau ihrer Sprache angepaßt war. Canton, von wo der moderne Fremdenverkehr Chinas seinen Ausgang nahm, war die Wiege dieses Pidgin-Englisch, das an Kürze und Bündigkeit als Geschäftssprache unübertroffen war, wenn es auch keinen großen Vortuschlag besaß. Ferner war der Comprador mit einer Reihe chinesischer Dialekte bekannt, so daß er mit den einheimischen Kaufleuten, die den verschiedenen Landestheilen angehörten, direkte Geschäfte abschließen konnte.

Deshalb rekrutiren sich Compradores bis auf den heutigen Tag fast ohne Ausnahme aus Canton. Der Versuch einiger fremder Kaufleute, diesen Vermittler, von dem sie glaubten, daß er eine so große Verantwortlichkeit nicht auf seine Schultern legen könne, zu beseitigen, mißlang vollständig.

Nirgends ist nämlich das Kunstwesen allgemeiner ausgebildet, als in China und diese Verbindungen halten mit einer eisernen Zähigkeit zusammen. Hätte der fremde Kaufmann sich von vornherein angeschickt, mit den Eingeborenen

direkt zu handeln, so würde das Compradorsystem sich wohl nie so weit ausgebreitet haben, aber einmal eingeführt, ist der Comprador ein festes Glied in der Kette des kaufmännischen Verkehrs geworden. Ohne ihn kann ein Ausländer unmöglich mit einheimischen Firmen, die En gros handeln, ein Geschäft abschließen, alle diese Firmen gehören der einen oder anderen Kunst an, deren Statuten es zur Pflicht machen, nur durch Unterhändler mit Europäern in Handelsverbindungen zu treten.

Der Comprador wird von einer anderen Persönlichkeit unterstützt, die unter dem Namen „Schroff“ bekannt ist. Er ist kein Rechnungsführer, und man findet ihn gleichfalls in allen Banken und großen Geschäftshäusern. In den mittleren Häusern besorgt der Comprador diese Geschäfte mit. Wenn schon heute der Einfluß des Compradors nicht mehr so groß ist, wie vor etwa 40 Jahren, so wird er doch stets ein wichtiger Faktor in den Beziehungen zwischen ausländischen und eingeborenen Kaufleuten bleiben. Denn es ist ein sehr zähe festgehaltener Brauch bei den chinesischen Händlern, keine Geschäfte direkt mit Europäern abzuschließen, eine Regel, die nicht nur im chinesischen Außenhandel, sondern auch im Binnenhandel innegehalten wird.

Zuweilen macht der Comprador den Banquier des Kaufmanns und hat einen Theil des baaren Geldes des letzteren in Verwahrung und umgekehrt. So beruht das ganze kaufmännische System der Vertragshäuser auf dem Comprador. Er ist meist nicht für die Solvenz eines ausländischen Kaufmanns verantwortlich, noch umgekehrt; beide Theile handeln in demselben Geschäft als Kaufleute verschiedener Nationalität, und ihre gegenseitigen Verbindlichkeiten betreffen in der Regel keine dritte Person. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das System des geschäftlichen Verkehrs mittelst der Compradores sich im Ganzen trefflich bewährt hat, und auch nach der gänzlichen Aufschließung des Innern Chinas werden sie die Hauptagenten des fremden Kaufmannes bleiben.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Lohndifferenzen in der Rauchwaarenzuchterei von Franz Wendel in Leipzig-Indenan sind zu Gunsten der Arbeiter beigelegt. Die Arbeit ist bereits Donnerstag wieder aufgenommen. Aus Wauken wird gemeldet, daß dort die Arbeiter der Eisengießerei vormals Höhe u. Schulze entlassen wurden, weil sie sich weigerten, für Leipzig Arbeit anzufertigen. Versuche zur gütlichen Einigung sind mißlungen. Es wird deshalb eruchtet, den Zuzug von Formern nach Wauken zu vermeiden. In der Märktischen Eisen- und Stahlgießerei, Inhaber Rosenberg, Nixdorf, sind ebenfalls Differenzen ausgebrochen. Die dazugehörigen 20 Formern wurden in Folge Lohnstreitigkeiten sowie wegen Verweigerung der Auffertigung Leipziger Arbeit entlassen. Zur Erklärung dient, daß besagte Firma dem Verband der Industriellen beigetreten ist. Die Möbelarbeiter und Fabrikanten in Stuttgart werden in diesen Tagen Verhandlungen beginnen, um zu einer Beendigung des Streikes zu gelangen. Auf Anregung des Stadtschultheißen Gauß haben sich beide Parteien dazu bereit erklärt.

Aus den sächsischen Grubenbezirken. Im Betriebe der sächsischen Bergwerke ereigneten sich im vorigen Jahre 4022 Unglücksfälle, von denen 42 mit dem Tode der Betroffenen endeten. Beschäftigt wurden auf sächsischen Gruben 27 569 männliche und weibliche Arbeiter. Unter dieser Belegschaft befanden sich 152 Arbeiterinnen im Alter von 16—21 Jahren, 377 über 21 Jahre; im Alter von 14—16 Jahren wurden 519 männliche und 9 weibliche Arbeiter beschäftigt. Auf einer Grube war auch ein noch nicht 14 Jahre alter Knabe thätig!

Gleichzeitig gingen die Eilboten nach allen Richtungen um Hilfe ab, nicht bloß an die benachbarten Kommanden, sondern auch an einige große Gemeinden der Ebene, deren Bauernschaften sich acht Jahre vorher, da der große polnische Aufstand auch nach Galizien hinüber zu greifen drohte, dem Kreisamte aus eigenem Antriebe zum Schutze der Stadt zur Verfügung gestellt. Als der Abend einbrach, konnte sich der todtnüchtern Mann sagen, daß das Mögliche gethan sei; ging diese Nacht glücklich und ungefährdet vorbei, so war die Stadt gerettet.

In der That verging die Nacht ruhig. Der Morgen aber brachte eine Hubschiffahrt um die andere. Zunächst kehrte der Bote aus der Ebene zurück und meldete als Antwort der Bauern: „Wir kommen nicht, weil wir nicht gegen unser eigenes Fleisch und Blut kämpfen. Wir rathen des Kaisers Schreibern, Friedex mit dem Taras zu machen, denn er ist ein gerechter Mann.“ Nehulich lautete der Bescheid aus den übrigen Dörfern. Aber die Bauern schienen sich nicht allein neutral zu oerhalten, sondern sogar offen für den Rächer einzutreten zu wollen. Von Stunde zu Stunde häuften sich die Meldungen der Mandatäre, Gutsherrn und Pfarrer aus den umliegenden Dörfern: die Gährung der Gemüther sei durch die Erfolge des Taras auf's Höchste gesteigert, und Gewaltthaten unausbleiblich, wenn nicht sofortige Hilfe komme. Das Maß voll zu machen, kam um die Mittagstunde die Nachricht von einer neuen Mißthat des „Rächers“ aus dem Dorfe Badubrowce. Taras war dort um Mitternacht erschienen, hatte die Bauern, welche wegen rückständiger Robot in Gewarhaft gehalten wurden, befreit, und dem Herrenvogt vor der versammelten Gemeinde nach langem Verhöre das Haar abschneiden lassen, mit der Drohung, ihn das nächste Mal zu erschließen, falls er mit seiner ungerechten Bedrückung nicht aufhöre. Allerdings habe er, „unglaublicher Weise“, wie der Pfarrer hinzufügte, der statt des Vogtes die Meldung erstattete, auch den Bauern dieselbe Strafe angedroht, falls sie eine Plünderung des Herrenhofes wagen sollten.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Schwere Gewitter haben Sonntag in Ost- und Westpreußen viel Schaden angerichtet. Bei Mehbof im Kreise Zuhm wurde eine Arbeiterfrau auf dem Felde vom Blitz erschlagen. In Kornatoro bei Culm, in Rudau bei Fischhausen und in Gr. Mumenau wurden verschiedene Wirtschaftsgebäude durch Blitzschlag in Asche gelegt. Auf dem Gute Zentken im Kreise Labiau wurden fünf Kühe auf der Weide vom Blitz erschlagen. Seit mehreren Wochen treibt eine aus neun Mann bestehende Räuberbande zwischen Ploß und Wloclawek auf der Weichsel Flußpiraterie. Der Anführer heißt Glowacki und ist ein aus dem Gefängnis in Warschau entprungener Verbrecher. Er ist mit Schusswaffen und großen Messern bewaffnet und hat stets einen Begleiter beim Ueberfall eines Kahnbesizers bei sich, während die anderen Mitglieder der Bande am Ufer in Wäskchen versteckt liegen. Die Schiffer können sich gegen die Ueberfälle der Bande nicht wehren, weil sie bei Konfiskation und hoher Geldstrafe keine Schusswaffen über die Grenze mitführen dürfen. In den letzten 14 Tagen sind, der „Th. Ostb. Ztg.“ zufolge, sieben Schiffer ausgeraubt worden; die Bande nimmt nur baares Geld und Lebensmittel. Bei der geringsten Weigerung hält Glowacki dem Ueberfallenen Revolver und Messer vor und droht mit sofortiger Tödtung. Der Anführer der Piraten befährt auf den russischen Passagierdampfern zwischen Ploß und Wloclawek die Weichsel, um sich seine Opfer auszusuchen. — Stadtbaumeister Schönherr in Dypeln ist von der dortigen Strafkammer zu anderthalb Jahren Gefängnis wegen fahrlässiger Tödtung verurtheilt worden. Bei dem Neubau der höheren Mädchenschule waren 4 Personen infolge Zusammenstürzes eines Hängegerüstes getödtet worden. Die Schuld an der Ueberlastung des Gerüstes wurde dem Baumeister zugemessen. — Der beim Leutnant D. vom Spandauer Feuerwerks-Laboratorium als Bursche kommandirte Muster-Ruchholz vom 163. Infanterie-Regiment wurde in seiner Burschenstube mit geöffneten Pulsadern bewußtlos aufgefunden. Ein herbeigerufener Assistenzarzt verband den Schwerverletzten und ordnete seine sofortige Ueberführung in das Garnisonlazareth an, woselbst die Wunden als nicht lebensgefährlicher Art erkannt wurden. Das Motiv der That soll in Melancholie zu suchen sein. Der Selbstmordkandidat, der gegenwärtig im 33. Lebensjahre steht, entzog sich seiner Zeit der Militärpflicht und ging nach Amerika. Im Jahre 1897 nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er als mißthätiger Heerespflichtiger bei dem genannten Regiment eingestellt, wo er jetzt im letzten Jahre dient. — In Macheu wurden wegen jahrelanger Plünderung von Eisenbahngütern zehn bisher bestens besehene Güterbodenarbeiter verhaftet. — Von einem heftigen Erdbeben wurden am Montag die Ortsschaften Bontafel und Hermagor in Karnten um halb 8 Uhr morgens nach einem Gewittersturm heimgesucht. In Hermagor erfolgten fünf Stöße, der Fußboden schwankte, Wälder und Hängelampen pendelten, Fenster klirren. — In dem Prozeß der Giftmischer und Gattenmörderinnen von Jibely — entmenschte Weiber hatten ihre Männer vergiftet — wurden vom Schwurgericht in Temesvar Marie Mikodem wegen Verübung von zwei Morden zu lebenslänglichem Zuchthaus, Katharina Urzika, Jinczy Trifun und Marie Ghoran wegen Mordes zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, Georg Korin, der das Gift den Mörderinnen verkaufte, wegen Mithschuld an fünf Morden zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurtheilt. Die anderen neun Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt und die Verurtheilten meldeten die Berufung an. — In Riga ist angeblich ein Fall passiert, der in den Annalen des Ehelebens wohl einzig dasteht. Die Wittve eines achtbaren Mannes reichte bei der Behörde ein Gesuch ein, wieder ihren Mädchennamen führen zu dürfen, da ihr verstorbener Gatte, mit dem sie 20 Jahre vermählt war, eine Frau gewesen sei. Auf die

Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(64. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Dies war aber auch die einzige Konzeßion, die er ihnen machte. Der alte Herr bewies es in diesem drangvollen Momente, daß er trotz seiner komischen Schwächen ein ganzer Mann sei. Er versammelte die Bürgerchaft und schlug ihr vor, sich zum eigenen Schutze zu bewaffnen und zu organisiren. Aber der wohlgemeinte Vorschlag wurde mit Entzückung, ja mit Hohn zurückgewiesen. „Wir lassen uns nicht ins Verderben jagen!“ riefen ihm die Erregten zu. „Kommt Taras, so wollen wir ihn durch Flehen zu begütigen suchen. Vielleicht begnügt er sich mit den Köpfen Jener, die ihm Unrecht gethan.“ Daneben wurden noch andere, schlimmere Stimmen laut: „Wir lassen uns nicht wegen eines Schurken abschlagen!“ Schafft den Mandatar sofort aus der Stadt, oder wir thun es selbst und so gründlich, daß dem Taras keine Arbeit mehr übrig bleibt.“ Der Kreishauptmann stand allein den Tobenden gegenüber, hielt aber gleichwohl zur Erwidrerung eine Rede, wie sie kürzer und mißhöflicher nicht gedacht werden konnte: „Ihr feigen Dummköpfe! Muth kann ich Euch nicht eintrichtern und Waffen nicht aufzwingen, aber wer sich an dem Mandatar vergreift, wird erschossen.“ Die Verblüffung hierüber war so groß, daß er die Versammlung ungefährdet verlassen konnte. In der nächsten Stunde bewies er, wie ernst ihm seine Worte gewesen. Unter Trommelschlag und feierlichem Geläute aller Glocken wurde das Standrecht für Kreis und Stadt Kolomea verkündet und den Bürgern mitgetheilt, sie hätten ruhig in ihren Häusern zu bleiben, jede Zusammenrottung werde wie Rebellion geahndet, jeder Angriff auf Leben und Eigenthum eines Bewohners der Stadt mit dem Strick bestraft werden. Damit war mindestens dem Schlimmsten vorgebeugt, daß sich nicht zu der Noth von Außen die inneren Greuel

Was etwa an Beruhigung in diesem Zusatze lag, wurde durch die bloße Thatfache aufgeloben, daß sich Taras überhaupt bereits so weit vorgewagt; Badubrowce lag in der Ebene, nahe der Bukowinaer Grenze. Und so wenig eine Nachricht kam, wie er den Weg dahin genommen, ebenso fehlte jede Andeutung, wohin er sich nun gewendet! Nur schwachen Trost konnte es gewähren, als in der Dämmerung eine Escadron Dragoner von Stanislaw eintraf, denn ihr Commandant meldete zugleich Namens des Generalats, weitere Verstärkung sei vor Ablauf einer Woche nicht zu erwarten. Endlich rückte um Mitternacht die Compagnie aus Zulawce ein, Hauptmann Stanczuk war am Morgen auf eigene Verantwortung hin ausgebrochen, weil das bestimmte Gerücht von der bevorstehenden Einnahme der Kreisstadt zu ihm gedrungen. Da auch dieser verlässliche, des Volkscharacters genau kundige Mann die Erregung der Bauern und die drohende Gefahr wuchtig betonte, so wurde beschlossen, die geringe Streikraft — zusammen etwa fünfhundert Mann — zum Schutze der Kreisstadt concentrirt zu halten und erst nach erlangter Verstärkung die Ordnung auf dem flachen Lande wiederherzustellen.

So blieb es auch bis in die ersten Maitage. Allerdings wurde ein neuer Angriff, obwohl allnächtlich erwartet, nicht gewagt und die Besatzung von Koffowince traf ungefährdet in Kolomea ein, aber die Bande streifte bis dicht an die Stadt heran, und alle Nachrichten aus den Dörfern bewiesen, daß Taras wirklich im Guten wie im Bösen als unumschränkter Herr über Willen und Kraft der polnischen Bauernschaft verfüge. Denn so schwer es den Herren in Kolomea fiel, daran zu glauben, daß er seine Macht auch zum Guten nütze, sie mußten nachgerade auch dies einsehen. Seine erste Meldung des Pfarrers von Badubrowce hatte der Kreishauptmann mit grimmigen Lächeln zu den Alten „contra Taras Barabola et consortes“ gelegt; aber seither brachte fast jeder Tag die Befestigung, daß Taras wirklich den Bauern überall bei Todesstrafe das Plündern sowie jegliche Selbsthilfe verboten, ja noch mehr, daß er sie sogar

Frage, warum sie den Fall nicht früher zur Anzeige gebracht habe, erklärte die Wittve, daß sie sich geschämt habe, die ganze Angelegenheit bekannt zu geben. — Wie der Telegraph mittheilt, ist Hedln, der sächsische Schwedische Reisende, soeben wieder nach T. i. b. e. t. aufgebroschen. In seiner Begleitung befindet sich Isam Bai, dessen wunderbare Rettung Hedln in seinem spannenden Buch „Durch Afrikas Wälder“ erzählt. Auf Befehl des Haren sind 2 Kosaken als Eskorte mitgegeben, welche hoffentlich ausreichen, den sächsischen Schweden vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, wie es Landor in Tibet beschieden war. — Durch das Ueberhandnehmen des Opiumschlunders wird die öffentliche Meinung in New York ersichtlich erregt. Am Sonntag wurde Hr. Fox Leonard, der bekannte 47-jährige Millionär und Erbe des Furbant'schen Vermögens, in einer Opiumschule in der M. Straße im berühmten Teubersolndistrikt todt aufgefunden. — In einem Varietetheater in einem der dichtest bewohnten Theile von Conch Island wurde am Sonntag, einem Kabelelegramm aus New-York zufolge, ein asiatischer Artist plötzlich von grenzenloser Wuth gegen eine junge Angestellte ergriffen und stürzte sich, mit einem Säbel bewaffnet, auf das unglückliche Mädchen. Bevor irgend einer der vor Entsetzen starren 200 Zuschauer sich dazwischen werfen konnte, hatte der Artist sein Opfer zu einer formlosen Masse zerhackt. Die Polizei erstürmte die Bühne und schlug das rohe Schenkel mit ihren Knütteln nieder, aber das Mädchen war bereits todt, als der Mörder unschädlich gemacht wurde. — Eine furchtbare Ueberschwemmung setzte das Thal des Vaxosflusses in Texas auf eine Strecke von 500 englischen Meilen Länge und 50 Meilen Breite unter Wasser. Hunderte von Häusern wurden überfluthet und viele fortgeschwemmt. Man schätzt die Zahl der Ertrunkenen auf weit über hundert. Die Verluste der Farmer werden auf eine Million Dollars geschätzt. — Der deutsche Konsul in San Francisco erhielt dieser Tage die Meldung, daß ein nach Amerika ausgewandeter Richard Davenport als Erbe eines in der holländischen Landeshaupt hinterlegten Vermögens von 300 000 Gulden gesucht werde. Der Brief war von der Schwester des Gesuchten aus Vlachien und enthielt noch die Mittheilung, daß Davenport als Offizier den deutsch-französischen Krieg mitgemacht habe und daß seine reiche und angesehene Familie in Vrenheim in der Provinz Geldern wohne. Der Gesuchte wurde gefunden, und zwar im Gefängniß, wohin er geschickt worden war, weil er in bitterster Noth 30 Cents entwendet hatte.

Stoffenzer aus dem Bundesrath.

Ach, was hilft das Hauen, Stechen,
Was das Schießen bei den Bechen,
Was hilft der Krawall bei Herne!
Hätte doch vor vierzehn Tagen
Alles dies sich zugetragen!
Ach, wie hätten wir so gerne
Dies als Material benützt,
Aufgebügelt, zugeküpft!
Ach, das Gute liegt so ferne!

(Klabberabatsch.)

München. Von einem namentlich wegen seiner Begleiterscheinungen interessanten Fall nuschuldiger Wehhaftung lesen wir in der „Frankfurter Tagespost“: „Am letzten Montag wurde hier ein Arbeiter, der kurz zuvor zugereist war, nachdem er eine Reittang die Schweiz und einen Theil von Italien bereist hatte, in seiner Wohnung verhaftet, weil er angeblich von Augsburg aus wegen Betrugs und Unterschlagung verfolgt wurde. Die Nacht nicht er im Polizeiarrest auf der Hauptwache mit mehreren „blenreinen“ Frequentanten der Landstraße verbringen, und als er am nächsten Morgen in das Untersuchungsgefängniß verbracht wurde, hatte sich in seinen Kleidern eine ganze Kolonie jener lieben Thierchen eingenistet. Der Mann mußte sich deshalb entkleiden und mit dem Häflingsgewand bedecken, seine eigenen, noch ganz neuen Kleider wurden, um sie vom Ungeziefer zu befreien, ausgebraunt und dabei todt verdorben. Am Mittwoch wurde er, mit einem Zuchthäusler zusammengeschlossen, zum Bahnhofe geführt und nach Augsburg transportirt. Kaum befand er sich dort zwei Stunden im Gefängniß, ohne zum Verhör geführt zu werden, als er wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Da er vollständig mittellos dahingab, begab er sich zum Landgerichtspräsidenten,

um Entschädigung zu verlangen, dieser schickte ihn zum Magistrat, der ihn an die Armenpflege verwies; die Armenpflege schickte wieder an den Magistrat zurück und dieser gab ihm schließlich die Weisung, zum Staatsanwalt zu gehen. Der Herr vernahm sich anfangs sehr unwillig und meinte, der junge Mann solle froh sein, wenn er nach Nürnberg zurück laufen könne, bequeme sich zuletzt aber doch dazu, Auftrag zu geben, daß dem unschuldigen Verhafteten ein Willer gelöst und 60 M. Bezahlungs mit auf den Weg gegeben wurden. Als das Opfer bayerischer Volkseigenschaft in Nürnberg endlich wieder ankam, mußte er die traurige Erfahrung machen, daß seine Stelle inzwischen besetzt worden war.“ — Um den Fall richtig verstehen zu können, muß man sich nur erinnern, daß im vorigen Jahre, als ein Erfolg der Kritik der sozialdemokratischen Presse, vom Justizministerium verfügt wurde, daß unschuldige Verurtheilte und außer Verfolgung Gesetzte fortan für die ihnen durch die Haft entstandenen Auslagen z. entschädigt werden sollen, welche Entschädigung eventuell sofort auszubahlen ist. Diese Verfügung scheint indessen von gewissen Justizorganen wieder vergessen zu sein, wie vorstehender Vorgang beweist. Unser Bruderblatt meint, daß dieser unerhörte Vorfall Veranlassung geben werde, in der Kammer einige ernste Worte mit dem Justizminister zu reden.

Ein phantastischer Arbeitswilliger. Der arbeitswillige Mann Morgenstern aus Wahren bei Leipzig hatte zur Zeit des Leipziger Maurerstreiks den Streikbrecher gemacht und will deshalb am Abend des 17. Dezember v. J. im Eisenbahn-Korridor 4. Klasse des um 5 1/2 Uhr von Leipzig abgehenden Zuges von den 9 Maurern und Arbeitern aus der Umgegend von Schönbüch; Lindenbühl, Holzschuh, Lipold, Witter, Haupt, Böhm, Trojahn, Schröder und Fuhrmann mishandelt worden sein. Die 9 Personen waren durch Morgenstern demüthigt worden und standen deshalb in Halle a. d. S. wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung u. s. w. unter Anklage. Bei der Vernehmung stellte sich aber heraus, daß Morgenstern die widerprechendsten Angaben gemacht; er hatte sogar einen Maurer als Thäter bezeichnet, der in einem anderen Korridor gewesen war. Der Staatsanwalt beantragte Strafen von 9 bis 2 Monaten Gefängniß herab; der Gerichtshof erachtete aber das Morgensternsche Zeugniß für nicht zuverlässig und sprach sämtliche Angeklagte frei. — Eine neue handfeste Blamage für die Macher der „Denkschrift.“ Bis zur zweiten Verathung der Buchhausvorlage werden ihr übrigens wohl noch mehr folgen.

Eine Operation an einer Löwin nahm nach dem „British Medical Journal“ Professor Gustavo Piffenti von der Universität Perugia vor. Das Thier wurde in einem geeigneten Käfig in der Mitte der Menagerie isolirt, und es handelte sich zunächst darum, dasselbe zu betäuben. Die Zwischenräume zwischen den Gitterstäben des Käfigs wurden zu dem Zwecke mit Watte ausgefüllt, und nachdem es so fast vor jedem Luftzuge geschützt war, brachte man ein mit Chloroform gefülltes großes Badet Wage in den Käfig, dessen Thüre darauf hermetisch geschlossen wurde. Nach Verlauf von einer Viertelstunde fand man die Löwin in der That bewußtlos ausgestreckt in dem Käfig liegen. Sie befand sich offenbar in einem Zustande tiefer Betäubung. So wurde sie aus dem Käfig herausgezogen, an Ketten und Krallen stark gefesselt und ihr ein großer Knebel in den geöffneten Rachen befestigt. Und dann legte man sie, die ganz unschädlich gemacht schien, auf den Seziertisch, und Professor Piffenti wollte eben seine Operation beginnen, als die mächtige Löwin zusammenzuckte, aufwachte, wild gegen ihre Fesseln wüthete, vom Tisch auf die Erde herabrollte und sich des Knebels und der Fessel einer ihrer Krallen entledigte. Zum Glück beistanden die Aerzte und ihre Gehilfen die vollste Geistesgegenwart. Man warf einige schwere Decken über das Thier, so daß es so niedergehalten wurde, während man über der Löwin Kopf und Rachen ein in Schwefeläther getauchtes Tuch hielt, aber ehe sie wieder das Bewußtsein verlor, entledigte sie sich noch einmal ihrer Bewältiger und wollte sich eben mit mächtigem Gebrüll auf die nächsten derselben stürzen, als der Nethur seine Wirkung that und das mächtige Thier plötzlich bewußtlos zusammensank. Professor Piffenti bemühte sich entschlossen den Augenblick, um mit seinen Internen die Löwin in den Käfig zurückzu-

schleppen und darin so zu positioniren, daß nur ihr Kopf herausragte, während er diesen gleichzeitig stark chloroformirte; ein größerer Knebel wurde in den Rachen eingeführt und mit seiner Hilfe der Kopf des Thieres so an den Eisenstäben und dem Unterbau befestigt, daß jede Bewegung jetzt ausgeschlossen war. Dann vollzog Piffenti, rasch entschlossen, seine Operation, die glänzend gelang. Besonders interessant war das Verhalten der übrigen Thiere, Leoparden, Hyänen, Wölfe, Affen, Ferkel, Affen u. s. w. der Menagerie, die mit gespannter Aufmerksamkeit, aber offenbar, zitternder Angst dem Vorgange zusehaueten.

Wie man uns behandelt. Genosse August Meyer, Vertrauensmann des 3. braunschweigischen Wahlkreises, sitzt gegenwärtig eine Gefängnisstrafe wegen Majestätsbeleidigung ab. Er soll das strafbare Delikt in einer Versammlung über die Palästinafahrt gemacht haben. Letzten Montag hatte er sich in Stadtdendorf wegen eines geringen Vergehens bei einer Volksfreizeit am Bahnbau Emmerthal-Vorwalle vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er wurde von einem Gensdarmen dorthin begleitet. Doch hier in Stadtdendorf, in der Heimath Meyers, wo ihn jedes Kind kennt, wurde er in einer Weise behandelt, die die Gefühle eines jeden Menschen mit Entrüstung und Empörung erfüllen muß. Nachdem der Termin beendet war, wurde unter Genosse, da das Kastlokal erst neu erbaut wird, in den städtischen Thurm, wo sonst das schlechte Gefindel untergebracht wird, geivert. Hier mußte Meyer von halb elf bis halb zwei Uhr Mittags zubringen, den Schulkindern preisgegeben. Um halb zwei Uhr wurde er dann wie ein gemeiner Verbrecher von dem Gensdarmen an die Kette genommen und durch die Stadt zum Bahnhof geführt unter dem Zusammenlauf der Frauen und Kinder, die alle dem Genossen Meyer persönlich bekannt sind. So werden Sozialdemokraten am Ende des neunzehnten Jahrhunderts behandelt.

Im Streit erschossen wurde am Sonntag Abend auf dem Wege nach dem Truppenübungsplatz Arns ein Sergeant von einem Lehrer. Am Sonntag Abend erschien im Lager zu Arns der Lehrer Simeon aus dem Kreise Johannisburg, um sich von seinem Bruder, welcher bei der dritten, in Königsberg garnisonirenden Batterie als Oberfähnrichschmid steht, zu verabschieden. Aus diesem Anlaß begaben sich die Brüder Simeon und verschiedene Unteroffiziere, unter welchen sich auch der Sergeant Maguhn von der 3. Batterie befand, nach Arns. Hier haben sie gemeinschaftlich mehrere Restaurationen besucht und sind dann im Wäschhausischen Restaurant in Streit gerathen. Letzteren haben sie auf dem Wege nach Lager Arns fortgeschickt. Tadel hat Lehrer Simeon, von welchem man annimmt, daß er sich in der Nothwehr befunden hat, mehrere Schüsse aus einem Revolver abgegeben. Leider hat ein Geschoss die Brust des Maguhn durchbohrt, welcher sofort todt blieb. Die Brüder Simeon wurden auf die Militärwache gebracht.

Wieder ein reiches Goldland. Die letzten Nachrichten die aus Damson City in Nordbye einlaufen, berichten über ein wildes Jagen nach Cap Rome, wo neue Goldentdeckungen von fabelhaftem Reichthum stattfinden sollen. Ein einziger Goldwäscher soll in einer Woche für 6000 Dollar in Klumpen von 30 bis 143 Unzen gewonnen haben. Als die Nachricht in Damson City einlief und die Ueberbringer mehrere der gefundenen Goldklumpen vorwiesen, wurde die ganze Stadt von bestimmungsloser Aufregung befallen. Alles, was schwimmen wollte, wurde mit Beschlag belegt und schaarweise stießen Flöße und Boote auf dem Schlangensflusse ab. An einem einzigen Tage wanderten 2000 Menschen weg. Alle Läden in der Stadt standen verriegelt da, die Theater mußten geschlossen werden. Der Dampfer „Sovereign“, der erste, der nach den neuen Goldfeldern abfuhr, verlangte und erhielt für einzelne Passagierbillets den ungeheuerlichen Preis von 1000 Doll. Sollten die Nachrichten sich andauernd günstig stellen und der gegenwärtige Ausfluß der Menschen sich behaupten, so werden allein im Juli 10000 Menschen nach Cap Rome gezogen sein.

Wohhaft. Adeliger Dichtervogel: „Meine Ahnen haben auch alle gedichtet.“ — Herr: „Da führen Sie wohl einen — Papierkorb in Wappenn“

bei gleicher Strafe zur Entrichtung aller rechtlichen Abgaben verhalte. Und diese Nachrichten wurden nicht etwa von Angehörigen des Taras verbreitet, sie kamen dem Kreisamte von Mandatoren und Gutsherren, von Pächtern und Pfarrern zu, also von Männern, welche den „Rächer“ als ihren Todfeind glühend haßten, ihm aus ganzer Seele den Strick wünschten. Denn ebenso gewaltig wie im Guten, erwies sich dieser sonderbarste Hetzmann, der je in Potukien aufgestanden, auch im Bösen. Fast täglich kam nach Kolomea die Kunde von einem neuen „Gerichte“, das er gehalten. Der Vogt in Zaburowce hatte einige Schiffsalogen gefunden, sie Alle hatte Taras bloß „ehelos“ gemacht und zum Erfasse des widerrechtlich Erworbenen verhalten. Schlimmer war es zweien Gutsherren in der Niederung gegen Horobentz ergangen. Taras hatte sie erschienen, ihre Wohnhäuser der Erde gleichmachen lassen. Der Mann, den diese Nachrichten am tiefsten hätten entsetzen müssen, vernahm sie nicht; Wenzel Hajek lag im Inquisition-Spitale an einem typhösen Fieber danieder; die Betäubung ergriff ihn die Kunde von den „Gerichten“ des Taras. Solcher „Gerichte“ hielt der furchtbare Mann binnen drei Wochen nicht weniger als zehn. Die Fälle glichen sich genau. Er erschien mit seiner Bande, umzingelte das Haus, nahm den Beschuldigten fest, verhörte ihn, stellte ihm, falls er leugnete, Zeugen gegenüber, sprach dann das Urtheil und ließ es sofort vollstrecken. Bezeichnend war, daß er sein Opfer stets durch Pulver und Blei, nie durch den Strick richtete; ebenso, daß er das erbeutete Geld immer der betreffenden Drtschaft überließ. Kurz, die Fälle glichen sich so sehr und folgten sich so rasch, daß es dem Kreisshauptmann in diesen furchtbaren Wochen schließlich fast zur Gewohnheit wurde, täglich die Anzeige über ein neues „Delictum“ jenem Actenbündel beilegen zu müssen.

Erst im Mai änderte sich die fast unerbittlich gewordene Lage der Bewohner von Kolomea. Von Stanislaw trat ein Bataillon Infanterie ein, aus der Bukowina ein Bataillon Jäger und eine Eskadron Husaren. Mit diesen Truppen

war auch ein General gekommen, das Kommando zu übernehmen, und veranlaßte alsbald die Offiziere zu einer Verathung über die zunächst notwendigen Schritte. In dieser Verammlung wurden auch der Kreisshauptmann, der Bürgermeister und der Advokat Starkowski als Berather beigezogen.

Während die Herren um den grünen Tisch des Kreisamtes beisammen saßen, wurde dem Herrn von Bauer ein Brief überreicht, den ein Eilbote soeben aus Hantowce gebracht.

„Aus Hantowce?“ rief er bestürzt. „Mein armer Freund Zborowski! . . . Aber nein,“ fügte er hinzu, „es ist ja seine Schrift!“

Er öffnete, las, las noch einmal, sprang dann, dunkelroth im Gesichte, auf, schleuderte das Schreiben hin und rief mit Donnerstimme, indem er mit der Faust auf den Tisch hieb:

„Meine Herren! Ich werde im nächsten Augenblicke aus der Haut fahren! Aus der Haut! Lesen Sie diesen Brief, und sagen Sie mir dann gefälligst, ob mir etwas Anderes übrig bleibt!“

Die Herren beeilten sich, von dem Briefe Kenntniß zu nehmen, dessen Inhalt dem Kreisshauptmann schon für den nächsten Augenblick eine so ungewöhnliche körperliche Berührung ausnützte. Was sie da lasen, war allerdings erstaunlich genug.

Der Besitzer von Hantowce, Herr Alfred Baron Zborowski, einer der geachteten Edelleute des Kreises, schrieb in hastigen Schriftzügen, so daß sie der Advokat kaum zu entziffern vermochte:

„Wir sind heute Nacht wie durch ein Wunder vom Tode gerettet worden. Sie wissen, ich hatte meine Bauern gut, wir hatten niemals Streit, bis auf die letzten Wochen. Seit dem Auftreten des Taras waren sie wie vertaucht. Plötzlich grüßen sie nicht mehr, liegen Tag und Nacht in der Schänke, leisten keine Robot und führen drohende Reden. Ich thue Alles, den Frieden zu erhalten, gebe nach, wo ich

kauf — Alles vergeblich. Sie werden immer störrischer, immer drohender, endlich kommt am letzten Sonntag eine Deputation zu mir, lauter junge Bursche, mit Säben und Pistolen bewaffnet, und fordern für das Dorf ein Darlehen von fünfzig Gulden. Ich weigere es. Da kommen sie in der Dämmerung wieder, etwa hundert Mann, Alle angetrunken, darunter auch ältere Hausväter. Es bleibt mir nichts übrig, als nachzugeben, mit einem Duzend treuer Knechte kann ich mich nicht gegen sie wehren, und soll ich mein Weib, meine Kinder einem Kampfe aussetzen? Sie ziehen jedoch ab zur Schänke und verkaufen das Geld. Vorgestern kommen sie wieder, diesmal auch meine besten Bauern, Alle schwer betrunken. „Gieb uns wenigstens hundert Gulden von dem Gelde, das Du uns erpreßt hast“, sagt ihr Vorführer, ein Tagelöhner, Namens Josef Sivan, „oder wir rufen den Taras.“ — „Nicht ihn“, sage ich. „Ich kenne ihn und er kennt mich aus der Zeit da er als Pferde-knecht bei mir diente; er weiß, daß ich kein Erpreßer bin.“ Sie antworteten mit Schimpfreden. „Nebstigen“, schrien sie, „brauchen wir den Taras nicht, wir werden selbst mit Dir fertig. Hundert Gulden — oder wehe Dir!“ Ich gebe das Geld; sie ziehen ab.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß' Verlag) ist soeben das 41. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kaiser und Parlament. — Professor Vogt und die Impffrage. Von Dr. Siegfried Rosenfeld. (Schluß.) — Der Ursprung der Idee des Gerechten und Ungerechten. Von Paul Lafargue. (Fortsetzung.) — Der auswärtige Handel der Vereinigten Staaten im Jahre 1898. Von M. Beer. — Erspannisse bei Anwendung von Druckluft in der Technik. Von P. M. Grempe. — Feuilleton: An der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Krauer.